

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage mit dem Datum des folgenden Tages. Verantwortlicher Redakteur mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt: Robert Albert, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Haslan, Magdeburg. Verlag von Hermann Gorbunow, Magdeburg. Druck von Franz Behne, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1667. Redaktion: Gr. Mühlstraße 6, Fernsprecher 961.

Abonnementpreis: Vierteljährlich (inkl. Postgebühren) 3 Mk. 20 Pf., monatlich 80 Pf. Der Einzelband in Deutschland monatlich 1.70 Mk. 20 Pf. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 3 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Verkaufsstellen 2.00 Mk. 20 Pf. Beilagen: Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und Feiertagsnummern 10 Pf. — Inseratengebühr: die Zeilspaltenweise Zeitdauer 15 Pf. Vorkaufspreise siehe Seite 864.

Nr. 223.

Magdeburg, Donnerstag den 22. September 1904.

15. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 12 Seiten einschließlich des Romans „Wahrheit“.

Sozialdemokratischer Parteitag.

(Eigener Bericht der „Volkstimme“.)

Bremen, 20. September 1904.

Zweiter Verhandlungstag.

(Vormittags-Sitzung.)

Der Vorsitzende Dieblich eröffnet die Sitzung um 9 Uhr mit der Mitteilung einiger weiterer inzwischen eingelaufener Begrüßungs-Telegramme, u. a. von der sozialdemokratischen Partei Amerikas, Hollands, Luxemburgs, vom kämpfenden jüdischen Proletariat in Russland, von der russisch-revolutionären Partei, von Versammlungen in Estland, Dänemark und Norwegen. Der Parteitag nimmt diese Telegramme mit Beifall zur Kenntnis.

Der Parteitag tritt in die Tagesordnung ein und setzt die Debatte über die Presse fort.

Hierzu liegen einige Anträge auf Verbesserung der „Neuen Welt“ auf Schaffung einer Jugendzeitschrift, einiger Agitationsblätter usw. Ferner der bereits gestern wiedergegebene Antrag Potsdam-Spandau-Osthavelland über die Agitation gegen den Militarismus in der militärischpflichtigen Jugend.

Hierzu ist unterdes folgender Antrag Dieblich eingegangen: In Anerkennung der Notwendigkeit, unter der Jugend eine systematische Agitation zu entfalten und bei dieser Agitation den Kampf gegen den Militarismus in den Vordergrund zu stellen, erklärt der Parteitag den Antrag Osthavelland durch Kenntnisnahme für erledigt.

Reichstagsabg. Dr. Edelmann: Ich glaube, daß die klaren Worte, die gestern Richard Fischer gesprochen hat, hier auf fruchtbaren Boden gefallen sind. In der Tat sind die Genossen Osthavellands mit ihrem Antrag auf einen ganz falschen Wege; so löst sich dem Militarismus nicht beikommen. In Belgien ist ja beim Generalkrieg die Probe gemacht worden; zwar zum Schießen ist es nicht gekommen, aber alle Parteigenossen waren überzeugt, daß trotz der Agitation der „Neuen Garde Sozialisten“ die Soldaten infolge einer Massenpsychose unter dem psychologischen Eindruck des Kommandos schießen würden. Uebrigens genügt es, in solchen Tagen, wenn ein Drittel schießt, um ein furchtbares Gemetzel anzurichten. Wenn es trotzdem den Genossen Osthavellands nicht gelingt, die Agitation gegen den Militarismus in der Form des Kampfes gegen den Militarismus zu führen, so ist das ein Zeichen, daß wir nicht einmal in der Form des Kampfes gegen den Militarismus zustimmen dürfen. Ich wundere mich, daß jetzt von so vielen Seiten der „Hütte“ ehrende Nachrufe gehalten werden. Solange sie bestanden, fand sie selbst bei sühnenden Parteigenossen nicht die nötige Sympathie. Man glaube nicht, daß unendliche Gelder für eine Jugendzeitschrift nötig seien. Das Defizit der „Hütte“ kam hauptsächlich aus den hohen Einleitungsgebühren. Wenn wir die Jugendzeitschrift hätten, würden sich sehr bald auch wertvolle Talente als Mitarbeiter in ihren Dienst stellen, wie es bei der „Hütte“ geschah. Die Privatinitiative darf man auf diesem schwierigen Gebiet doch auch nicht völlig ausschließen. Geld will damit niemand verdienen; auch die „Neue Zeit“ war ein Jahrgang lang in Privatbesitz. Nur müssen die Genossen der moralischen und ev. auch der materiellen Unterstützung der Partei gewiß sein. (Bravo!)

Reichstagsabg. Wolfmann polemisiert gegen den Vordrucker. Die Zeit, wo man Parteizeitschriften der Privatinitiative überließ, sei vorbei. Gewiß habe Fischer recht, wenn er auf die großen Schwierigkeiten und hohen Kosten einer Jugendzeitschrift hinweist. Die beste Form sei vielleicht, eine derartige Zeitschrift für die „Gleichheit“ einzuführen. Von Genossen Feindlich hätte er erwartet, daß er einen Redakteur und Verleger für die Jugendzeitschrift gleich mitgebracht hätte. (Heiterkeit.) Über wenn die Partei die moralische Verantwortung für eine solche Zeitschrift wie heute trägt, so müsse sie auch die direkte Kontrolle über sie haben.

Jacobson tritt für Ausgestaltung der „Neuen Welt“ ein. Namentlich die Illustrierung liegt im argen. Viele bürgerliche Unterhaltungsblätter könnten als Muster dienen. Die Frauen sollten sich dieser Angelegenheit annehmen. Es ist ein Reiz für die Familien über die „Neue Welt“. Die „Neue Welt“ wird nicht zur Hand genommen wie von dem hungrigen Kinde das Butterbrot, sondern sie wird ungelesen zu Butterbrotpapier verbraucht. (Heiterkeit.)

Diehlich tritt für den Antrag ein, jährlich ein Flugblatt über die Tätigkeit der Fraktion, besonders über die Tätigkeit in sozialpolitischer Beziehung, herauszugeben. Das wäre eine gute Waffe gegen das Centrum.

Raggenstein-Berlin: Ich möchte mich für den Antrag Liebknecht erklären. Nicht für den Wortlaut, der aufschreiend ist, aber eine planmäßige Agitation gegen den Militarismus muß in die Wege geleitet werden. Im Reichstag findet alljährlich eine Militärdebatte statt, es werden die Mißhandlungen an den Pranger gestellt; dann aber herrscht Ruhe über den Wassern. Die Zustände beim Militär sind aber so arg, daß man da nicht mehr in aller Ruhe verharren darf. Hier muß man etwas mehr Leidenschaft und Empfindung ausdrücken dürfen. Heute wo die Selbstzerfressung des Militarismus immer mehr offenbar wird, wo seine sinkenden Geheimnisse immer mehr die Öffentlichkeit beschäftigen, brauchen wir in unserer Bekämpfung des Militarismus nicht mehr so ängstlich zu sein. Wo sich die Gegner schon so geschwächt fühlen, können wir aggressiver vorgehen. Edelmann sprach von Bischöfen. Aber wir wollen doch das Volk von solchen Bischöfen kurieren. In Russland soll diese Psychose schon sehr nachgelassen haben. (Lachen.) Es ist mir gesagt worden, daß dort Regimenter nicht zweimal bei Volksunruhen verhandelt werden, weil man ihrer zweimal nicht sicher zu sein glaubt. Einzelvorschlüsse will ich nicht machen, da ich die Verantwortung nicht übernehmen mag. Aber Sache der Parteileitung ist, die Stimmung gegen den Militarismus auszunutzen und für unsere Zwecke zu verwenden. Redner tritt schließlich für Schaffung einer Jugendzeitschrift ein, die geeigneten Kräfte seien vorhanden.

Abg. Schöpflin-Leipzig bittet den Antrag 105 abzuweisen. Die Wirkung würde eine schlimme sein. Wie stellt man sich denn die Propaganda unter den jungen Leuten vor? Soll man ihnen sagen, laßt euch alles gefallen, verzicht keine Miene, benehmt euch, wie ein geduldiges Vieh? Das wäre sicher sehr verfehlt. Sollen

wir den Leuten aber das Gegenteil sagen? Sollen wir ihnen sagen, laßt euch nicht schlagen. Vergleicht Gleiches mit Gleichem. In beiden Fällen würden wir Erfahrungen sammeln, daß wir auf schwerste Bedauern müßten, den Antrag hier angenommen zu haben. Achtzehnjährigen Leuten sind keine Instruktionen zu geben. Etwas anderes ist es, wenn der Betreffende schon Sozialist ist. Wer Sozialist ist, hat sozialer Instinkt, sobald richtiges Gefühl, daß er auch ernstlichen Situationen gewachsen ist. Nur in großen Städten wäre doch eine Agitation möglich, anderswo doch überhaupt nicht. Im Reichstag hat General Edler schon von passivem Widerstand gesprochen. Wir sind ihm entgegengetreten. Derselbe Gedanke würde sofort in der nächsten Sitzung und das Resultat wären Kriegsgerichtsverhandlungen. Die Rekruten aus sozialistischen Bezirken hätten es zu büßen. Ein paar hundert Jahre Weltkrieg wären der Erfolg. Es gibt andere Mittel, dem Militarismus beizukommen. Die Jugend muß allgemein für den Sozialismus gewonnen werden, aber wir wollen nicht am Militarismus herumspielen. Wir haben auch Agitatoren, die nicht immer die nötige Geschicklichkeit haben und der Staatsanwalt bestimme viel zu tun. Ich habe aber kein Verlangen, mit dem Staatsanwalt in noch nähere Berührung zu kommen (Heiterkeit), wenn es das Interesse der Partei nicht dringend erfordert. Ich kann nur um strikte Ablehnung des Antrags, auch des Abänderungsantrags bitten. (Beifall.)

Reichstagsabg. Wolfenbühler: Bei der Rede des Genossen Raggenstein habe ich mich doch gefragt, ob er der Agitation so ganz fern steht. Wir sollen systematischer gegen den Militarismus agitieren, meinte er. Aber denselben Raum, wie der Militärretat im Reichshaus, nimmt in unsern Flugblättern der Militarismus ein. Und systematisch als wesentliche Stütze des Kapitalismus haben wir den Militarismus stets bekämpft. Was also die Genossen Liebknecht und Raggenstein Neues wollen, sagen sie nicht direkt, weil es „zu gewagt“ sei. Das zeigt, daß sich hinter diesen Redensarten die alte von uns nicht nur mit Rücksicht auf die Strafrechtsebestimmte Utopie von Neuenstein, die alte Utopie des Militärstreiks steckt. Man wagt selbst nicht, die Verantwortung zu übernehmen, und wollte sie dem Parteivorstand aufbürden? Wir bedürfen keines besonderen Programms für die Jugend. Sätten wir die Möglichkeit, Jugendorganisationen zu schaffen, so müßten wir sie als Hemmnisse des Zentralismus bekämpfen. Jugendvereine passen für die Nationalaliberalen, die im Alter die Ideale der Jugend veralten und deshalb glauben, was für das Alter tauglich, sei nicht gut für die Jugend. Ueber aller antimilitaristischer Agitation darf man den Sozialismus nicht vergessen. Auch ohne Polizei und Strafrecht würde ich diese Zweiteilung der Agitation nicht billigen können. Schreiben, die die Volkseindlichkeit des Militarismus kennzeichnen, verbreiten wir auch jetzt. Aber wenn die Anträge über den Gedanken zu Ende

über das ist es eben, was man hier bekämpfen stellt, deren Folgen auszubedenken man nicht den Mut hat. Wir haben immer die Anschauung vertreten, daß mit dem Zusammenbruch des Kapitalismus auch der Militarismus sein Ende finden wird, und ich sehe keinen Grund, etwas an dieser Ueberzeugung zu ändern. (Bravo!)

Reichstagsabg. v. Bollmar: Ich bedaure, daß die Frage hier angeschnitten worden ist. Je weniger man über derartige Angelegenheiten spricht, um so besser. Ich bin erstaunt, wie Leute, die den Augenblicksgering finanziellen Verdien, diesen Antrag hier auf diese Weise vertreten können wie gestern der Antragsteller. (Sehr richtig!)

Diehlich: Ich habe den Antrag gelesen und finde ihn sehr richtig. Aber in Wahrheit sind sie ein Spielchen mit Schießgewehren auf anderer Kosten, auf Kosten der jungen Militärschlichtigen der Partei und ihrer Redner, denn ohne besondere Kenntnisse und Gewandtheit kann man diese feinsten Frage nicht behandeln, ohne sich strafbar zu machen. Genosse Raggenstein sprach davon, daß wir abgesehen von den Reichstagsreden nichts gegen den Militarismus täten. Ja, schläft er denn? Haben wir keine Agitation gegen den Militarismus? Man darf doch auch nicht ganz maßlos übertreiben. Liebknecht sagte, der Militarismus sei der schlimmste Feind. Wie viel schlimmere Feinde haben wir denn? (Große Heiterkeit.)

Ja, dachte, unser schlimmster Feind wäre der Kapitalismus. Der Antrag ist der erste Schritt zur Kampfabgattung, die wir immer verworfen haben und die den Militärbefehlshabern erst das Recht zur differenzierten Behandlung von Rekruten sozialistischer Gesinnung geben. Ich bitte Sie, den Antrag Osthavelland wie den neuen Antrag Liebknecht, der noch gerade das Schlimmste am ersten Antrag unterstreicht, gütlich abzulehnen. Gatten wir an der jahrzehntelangen bewährten Taktik fest. (Bravo!)

Wolfmann: Ich erblicke in diesen antimilitaristischen Anträgen nur ein Mißtrauensvotum gegen unsere Jugend; deshalb bitte ich, beide Anträge nicht abzulehnen, sondern durch Uebergang zur Tagesordnung zu erledigen. — Zur Jugendchriftenliteratur abergehend bemerkt Redner, daß die Schwierigkeiten einer Jugendzeitschrift nur durch die Fähigkeit überwinden werden könnten, mit der Buchhandlung Bornkamm an den freien Stunden festgehalten hat. Besser aber sei, eine illustrierte Familienzeitschrift zu gründen, denn die „Neue Welt“ habe mit ihren Illustrationen noch weit zurück.

Dieblich: Mein Antrag ist totgeschlagen, totgeschossen, ins Wasser geworfen und zerstückelt, vier- und fünfmal gemordet worden. (Abg. Pannschuch: Also keine Wiederbelebungsvorläufe!) Sogar Selbstmord hat man mir nachgesagt: ich sollte durch den neuen Antrag den alten selbst gemordet haben. Aber in meinem Antrage steht nichts von den Jugendorganisationen, von denen v. Bollmar sprach. Auch darin hat mich v. Bollmar mißverstanden, daß er meinte, ich hielte den Militarismus für den schlimmsten Feind. Ich habe ihn nur das festeste Bollwerk des Kapitalismus genannt. Nun war es pikant, gerade aus dem Mund des Genossen v. Bollmar den Vorwurf der neuen Methode zu hören. Ich habe aber schon gestern gesagt, daß der Antrag gleich offene Türen einrenne und nichts Neues, sondern nur besonderen Eifer in der alten antimilitaristischen Agitation verlange. Wie wir eine besonders Bandarbeiter- und Frauenagitation haben, müssen wir auch eine besondere Jugendorganisation gegen den Militarismus haben. Der Antrag Osthavelland war ja nicht glücklich formuliert. Aber meinem Antrag stehen weder juristische noch politische Bedenken entgegen.

Reichstagsabg. Frohne: Ich muß nur kurz die verbläffende Dreifachheit kennzeichnen (Witze des Präsidenten), mit der Genosse Liebknecht mit Hilfe juristischer Abulistik auf Umwegen sein Ziel zu erreichen versucht. Der Parteitag ist es sich schuldig, auf das entscheidendste diese Anträge zurückzuweisen und in dieser Weise über diese geradezu unqualifizierbare Angelegenheit hinwegzukommen. (Beifall.)

Reichstagsabg. v. Hamburg: Ich erlaube mir ebenfalls gegen den Antrag Liebknecht, eine Agitation würde die jungen Leute zur Unbesonnen-

heit verleiten, ohne etwas zu nützen. Denn nur besonders intelligente Genossen würden passivem Widerstand leisten können und im Ernstfalle würde mehr als die Hälfte der Soldaten schießen. Damit schließt die Debatte.

Die vorliegenden Anträge, die sich auf die Presse beziehen, werden nach Antrag B. Fischer, Berlin und Freiwaldt, Pannschuch dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen, aber die Anträge Osthavelland und Liebknecht geht der Parteitag mit sehr großer Mehrheit nach einem Antrage Edelmann, v. Amarn, Segel zur Tagesordnung über.

Die Tagesordnung des nächsten Parteitags

beziehen. Pannschuch-Breslau: Verichtigt zunächst, daß entgegen einer gestern mitgeteilten Neuherung von Schulz-Posen die Breslauer „Volkswacht“ keinerlei Zuschüsse von der Partei verlange. Redner begründet den Antrag, Sozialdemokratie und Strafrecht auf die Tagesordnung des Parteitags von 1905 zu setzen. Die nahe bevorstehende Revision des Strafrechtbuchs und der Strafprozeßordnung mache eine gründliche öffentliche Diskussion der Parteijuristen über diese Frage prinzipielle großartige Behandlung auf dem nächsten Parteitags nötig.

Dr. Dieblich: vertritt den Antrag, auf dem nächsten Parteitags die Frage des politischen Streiks zu behandeln. Schon vor Jahren habe ich in der „Neuen Zeit“ Genosse Bernstein den politischen Streik zur eventuellen Erringung des allgemeinen Wahlrechts empfohlen. Zahlreiche andere Genossen, Kautsky, Harous, Frau Jettin usw. haben sich für den Gedanken des politischen Streiks ausgesprochen. Genosse Friedberg, dessen Anschauungen leider von Spandau unbeeindruckt angenommen worden sind, konnte nur deshalb sozial lärm mit der Geschichte inszenieren, weil er den politischen Streik gründlich diskreditiert hat. Der Friedberg sagt, wir führen keinen politischen Kampf und brauchen keine politischen Kampfmittel oder „ein freies Wort kann man nur in der anarchischen Presse lesen“ oder „wir müssen freie Persönlichkeiten erziehen“, während wir doch in Wahrheit auch gut disziplinierte Parteigenossen mit Pflichtgefühl gebrauchen, so sind dergleichen Äußerungen völlig unverständlich. (Die Redezeit ist abgelaufen.) Wieder kam ich nun über meinen Antrag, den ich demnachst zu begründen gedachte (Stürmische Heiterkeit) nicht mehr sagen. Hoffentlich wird sich aber die Debatte nicht, wie die Chemnitzer „Volkstimme“ erwartet, im Sinne des Querschen „Generalkrieg ist Generalunfuh“ bewegen.

Raggenstein-Berlin begründet den Antrag, die Alkoholfrage auf dem nächsten Parteitags zu behandeln. Ich bedaure die Generalstreikfrage unterbreiten zu müssen. Sie ist eine neue Frage. Ich will die nun schon alte Alkoholfrage nicht als Allgemeines behandeln, sondern sie auf die Alkoholfrage beschränken. (Stürmische Heiterkeit.) Genosse Jettin ist die Ursache der Anti-Alkoholfrage, aber Sie war den Anträgen keine gute Mutter. (Heiterkeit.) Sie hat sie den rauhen Männerhänden überlassen. Offenbar ist sie zu zaghaft, so vielen Männern ihre schweren Sünden vorzuhalten. (Stürmische Heiterkeit.) Redner legt dar, daß die Enthaltung vom Alkohol die Arbeiter auf ein höheres Niveau zu heben geeignet sei. Aber er wolle der Partei nicht unbedingt Abstinenz predigen. Die Partei solle nur die Arbeiter auffordern, sich mit der Alkoholfrage ernsthaft zu beschäftigen. Aber nur der Genosse Fischer ist für die Antialkoholbewegung gewonnen. Er ist Abstinenz und setzen Sie ihn sich an, es bekommt ihm gut. Franz Joseph Ehrhart, der neben ihm steht, ist noch nicht gewonnen (Heiterkeit), aber kommt auch noch zu uns. (Ehrhart ruft: Ja, wenn kein Wein mehr wächst! Stürmische Heiterkeit.) Der Alkoholgenuss vermindert. Die Korpsstudenten laufen aus geistigen nicht aus physischem Elend. (Heiterkeit.) (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Reichstagsabg. v. Hannover: Ich bedaure, daß die Frage hier angeschnitten worden ist. Je weniger man über derartige Angelegenheiten spricht, um so besser. Ich bin erstaunt, wie Leute, die den Augenblicksgering finanziellen Verdien, diesen Antrag hier auf diese Weise vertreten können wie gestern der Antragsteller. (Sehr richtig!)

Diehlich: Ich habe den Antrag gelesen und finde ihn sehr richtig. Aber in Wahrheit sind sie ein Spielchen mit Schießgewehren auf anderer Kosten, auf Kosten der jungen Militärschlichtigen der Partei und ihrer Redner, denn ohne besondere Kenntnisse und Gewandtheit kann man diese feinsten Frage nicht behandeln, ohne sich strafbar zu machen. Genosse Raggenstein sprach davon, daß wir abgesehen von den Reichstagsreden nichts gegen den Militarismus täten. Ja, schläft er denn? Haben wir keine Agitation gegen den Militarismus? Man darf doch auch nicht ganz maßlos übertreiben. Liebknecht sagte, der Militarismus sei der schlimmste Feind. Wie viel schlimmere Feinde haben wir denn? (Große Heiterkeit.)

Ja, dachte, unser schlimmster Feind wäre der Kapitalismus. Der Antrag ist der erste Schritt zur Kampfabgattung, die wir immer verworfen haben und die den Militärbefehlshabern erst das Recht zur differenzierten Behandlung von Rekruten sozialistischer Gesinnung geben. Ich bitte Sie, den Antrag Osthavelland wie den neuen Antrag Liebknecht, der noch gerade das Schlimmste am ersten Antrag unterstreicht, gütlich abzulehnen. Gatten wir an der jahrzehntelangen bewährten Taktik fest. (Bravo!)

Wolfmann: Ich erblicke in diesen antimilitaristischen Anträgen nur ein Mißtrauensvotum gegen unsere Jugend; deshalb bitte ich, beide Anträge nicht abzulehnen, sondern durch Uebergang zur Tagesordnung zu erledigen. — Zur Jugendchriftenliteratur abergehend bemerkt Redner, daß die Schwierigkeiten einer Jugendzeitschrift nur durch die Fähigkeit überwinden werden könnten, mit der Buchhandlung Bornkamm an den freien Stunden festgehalten hat. Besser aber sei, eine illustrierte Familienzeitschrift zu gründen, denn die „Neue Welt“ habe mit ihren Illustrationen noch weit zurück.

Dieblich: Mein Antrag ist totgeschlagen, totgeschossen, ins Wasser geworfen und zerstückelt, vier- und fünfmal gemordet worden. (Abg. Pannschuch: Also keine Wiederbelebungsvorläufe!) Sogar Selbstmord hat man mir nachgesagt: ich sollte durch den neuen Antrag den alten selbst gemordet haben. Aber in meinem Antrage steht nichts von den Jugendorganisationen, von denen v. Bollmar sprach. Auch darin hat mich v. Bollmar mißverstanden, daß er meinte, ich hielte den Militarismus für den schlimmsten Feind. Ich habe ihn nur das festeste Bollwerk des Kapitalismus genannt. Nun war es pikant, gerade aus dem Mund des Genossen v. Bollmar den Vorwurf der neuen Methode zu hören. Ich habe aber schon gestern gesagt, daß der Antrag gleich offene Türen einrenne und nichts Neues, sondern nur besonderen Eifer in der alten antimilitaristischen Agitation verlange. Wie wir eine besonders Bandarbeiter- und Frauenagitation haben, müssen wir auch eine besondere Jugendorganisation gegen den Militarismus haben. Der Antrag Osthavelland war ja nicht glücklich formuliert. Aber meinem Antrag stehen weder juristische noch politische Bedenken entgegen.

Reichstagsabg. Frohne: Ich muß nur kurz die verbläffende Dreifachheit kennzeichnen (Witze des Präsidenten), mit der Genosse Liebknecht mit Hilfe juristischer Abulistik auf Umwegen sein Ziel zu erreichen versucht. Der Parteitag ist es sich schuldig, auf das entscheidendste diese Anträge zurückzuweisen und in dieser Weise über diese geradezu unqualifizierbare Angelegenheit hinwegzukommen. (Beifall.)

Reichstagsabg. v. Hamburg: Ich erlaube mir ebenfalls gegen den Antrag Liebknecht, eine Agitation würde die jungen Leute zur Unbesonnen-

heit verleiten, ohne etwas zu nützen. Denn nur besonders intelligente Genossen würden passivem Widerstand leisten können und im Ernstfalle würde mehr als die Hälfte der Soldaten schießen. Damit schließt die Debatte.

Die vorliegenden Anträge, die sich auf die Presse beziehen, werden nach Antrag B. Fischer, Berlin und Freiwaldt, Pannschuch dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen, aber die Anträge Osthavelland und Liebknecht geht der Parteitag mit sehr großer Mehrheit nach einem Antrage Edelmann, v. Amarn, Segel zur Tagesordnung über.

Die Tagesordnung des nächsten Parteitags beziehen. Pannschuch-Breslau: Verichtigt zunächst, daß entgegen einer gestern mitgeteilten Neuherung von Schulz-Posen die Breslauer „Volkswacht“ keinerlei Zuschüsse von der Partei verlange. Redner begründet den Antrag, Sozialdemokratie und Strafrecht auf die Tagesordnung des Parteitags von 1905 zu setzen. Die nahe bevorstehende Revision des Strafrechtbuchs und der Strafprozeßordnung mache eine gründliche öffentliche Diskussion der Parteijuristen über diese Frage prinzipielle großartige Behandlung auf dem nächsten Parteitags nötig.

Dr. Dieblich: vertritt den Antrag, auf dem nächsten Parteitags die Frage des politischen Streiks zu behandeln. Schon vor Jahren habe ich in der „Neuen Zeit“ Genosse Bernstein den politischen Streik zur eventuellen Erringung des allgemeinen Wahlrechts empfohlen. Zahlreiche andere Genossen, Kautsky, Harous, Frau Jettin usw. haben sich für den Gedanken des politischen Streiks ausgesprochen. Genosse Friedberg, dessen Anschauungen leider von Spandau unbeeindruckt angenommen worden sind, konnte nur deshalb sozial lärm mit der Geschichte inszenieren, weil er den politischen Streik gründlich diskreditiert hat. Der Friedberg sagt, wir führen keinen politischen Kampf und brauchen keine politischen Kampfmittel oder „ein freies Wort kann man nur in der anarchischen Presse lesen“ oder „wir müssen freie Persönlichkeiten erziehen“, während wir doch in Wahrheit auch gut disziplinierte Parteigenossen mit Pflichtgefühl gebrauchen, so sind dergleichen Äußerungen völlig unverständlich. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Reichstagsabg. v. Hannover: Ich bedaure, daß die Frage hier angeschnitten worden ist. Je weniger man über derartige Angelegenheiten spricht, um so besser. Ich bin erstaunt, wie Leute, die den Augenblicksgering finanziellen Verdien, diesen Antrag hier auf diese Weise vertreten können wie gestern der Antragsteller. (Sehr richtig!)

Diehlich: Ich habe den Antrag gelesen und finde ihn sehr richtig. Aber in Wahrheit sind sie ein Spielchen mit Schießgewehren auf anderer Kosten, auf Kosten der jungen Militärschlichtigen der Partei und ihrer Redner, denn ohne besondere Kenntnisse und Gewandtheit kann man diese feinsten Frage nicht behandeln, ohne sich strafbar zu machen. Genosse Raggenstein sprach davon, daß wir abgesehen von den Reichstagsreden nichts gegen den Militarismus täten. Ja, schläft er denn? Haben wir keine Agitation gegen den Militarismus? Man darf doch auch nicht ganz maßlos übertreiben. Liebknecht sagte, der Militarismus sei der schlimmste Feind. Wie viel schlimmere Feinde haben wir denn? (Große Heiterkeit.)

Ja, dachte, unser schlimmster Feind wäre der Kapitalismus. Der Antrag ist der erste Schritt zur Kampfabgattung, die wir immer verworfen haben und die den Militärbefehlshabern erst das Recht zur differenzierten Behandlung von Rekruten sozialistischer Gesinnung geben. Ich bitte Sie, den Antrag Osthavelland wie den neuen Antrag Liebknecht, der noch gerade das Schlimmste am ersten Antrag unterstreicht, gütlich abzulehnen. Gatten wir an der jahrzehntelangen bewährten Taktik fest. (Bravo!)

Wolfmann: Ich erblicke in diesen antimilitaristischen Anträgen nur ein Mißtrauensvotum gegen unsere Jugend; deshalb bitte ich, beide Anträge nicht abzulehnen, sondern durch Uebergang zur Tagesordnung zu erledigen. — Zur Jugendchriftenliteratur abergehend bemerkt Redner, daß die Schwierigkeiten einer Jugendzeitschrift nur durch die Fähigkeit überwinden werden könnten, mit der Buchhandlung Bornkamm an den freien Stunden festgehalten hat. Besser aber sei, eine illustrierte Familienzeitschrift zu gründen, denn die „Neue Welt“ habe mit ihren Illustrationen noch weit zurück.

Dieblich: Mein Antrag ist totgeschlagen, totgeschossen, ins Wasser geworfen und zerstückelt, vier- und fünfmal gemordet worden. (Abg. Pannschuch: Also keine Wiederbelebungsvorläufe!) Sogar Selbstmord hat man mir nachgesagt: ich sollte durch den neuen Antrag den alten selbst gemordet haben. Aber in meinem Antrage steht nichts von den Jugendorganisationen, von denen v. Bollmar sprach. Auch darin hat mich v. Bollmar mißverstanden, daß er meinte, ich hielte den Militarismus für den schlimmsten Feind. Ich habe ihn nur das festeste Bollwerk des Kapitalismus genannt. Nun war es pikant, gerade aus dem Mund des Genossen v. Bollmar den Vorwurf der neuen Methode zu hören. Ich habe aber schon gestern gesagt, daß der Antrag gleich offene Türen einrenne und nichts Neues, sondern nur besonderen Eifer in der alten antimilitaristischen Agitation verlange. Wie wir eine besonders Bandarbeiter- und Frauenagitation haben, müssen wir auch eine besondere Jugendorganisation gegen den Militarismus haben. Der Antrag Osthavelland war ja nicht glücklich formuliert. Aber meinem Antrag stehen weder juristische noch politische Bedenken entgegen.

Reichstagsabg. Frohne: Ich muß nur kurz die verbläffende Dreifachheit kennzeichnen (Witze des Präsidenten), mit der Genosse Liebknecht mit Hilfe juristischer Abulistik auf Umwegen sein Ziel zu erreichen versucht. Der Parteitag ist es sich schuldig, auf das entscheidendste diese Anträge zurückzuweisen und in dieser Weise über diese geradezu unqualifizierbare Angelegenheit hinwegzukommen. (Beifall.)

Reichstagsabg. v. Hamburg: Ich erlaube mir ebenfalls gegen den Antrag Liebknecht, eine Agitation würde die jungen Leute zur Unbesonnen-

lehte nehmen lassen. Gewiß sei Taktik Sache des Augenblicks, aber die möglichen Mittel könnten schon jetzt diskutiert werden. Der Grundgedanke, den die Partei aufnehmen müsse, sei die Vermeidung aller Umstände, die Zusammenstoß mit der Gewalt vermeiden können. Trotz des Sozialistengesetzes sei die deutsche Partei verhältnißmäßig überaus ruhig, die deutsche Arbeiterbewegung nicht an die Wand gedrückt worden, er sei schon da. Wenn der Sozialismus die ganze Welt erobern wolle, müsse er wenigstens die wichtigsten Rechte der arbeitenden Klassen. Hier handle es sich nur um eine Sympathiebewegung für den Grundgedanken des politischen Massenstreiks. Immer auf Posten! Eine solche Rundgebung werde wichtiger sein als alles bisher Bekannte, und jeder Zwischenfall werde dann die Partei gereizt finden.

Frau Petz: Ich halte es für das Beste, die Tagesordnung für den nächsten Parteitag heute noch nicht festzusetzen. Aber andererseits halte ich die ausgiebige Erörterung des politischen Massenstreiks für eine unbedingte Notwendigkeit, um jede Verwirrung zu beseitigen. Wir wollen nicht von den anarcho-sozialistischen Generalstreikern wissen, die den Generalstreik als einziges und vorzüglichstes Mittel der sozialen Revolution anpreisen. Aber ebenso scharf wie gegen Friedberg muß ich mich gegen die wenden, die alles mit dem Wort adun, Generalstreik ist Generalstreik. Wir dürfen den Generalstreik nicht ohne weiteres aus den Kampfmitteln des Proletariats ausschalten. Gewiß, er kann den Parlamentarismus nicht ersetzen, aber er kann ihn aufrecht erhalten, ihn möglich machen oder ihm Nachdruck geben durch den Massenschritt der Arbeiterkategorien.

Nach ein Wort zur Alkoholfrage. Genosse Kagenstein hat mich als Vater des Alkoholtrankes reklamiert. (Lachen.) Ich muß aber eine wahre Rabenmutter sein, denn ich entsinne mich meines Kindes überhaupt nicht. (Große Gelächter.) Ich halte es heute jedenfalls nicht für gut, die Partei offiziell mit der Alkoholfrage zu verknüpfen. Aber im übrigen sehe ich ganz auf den Standpunkt des Genossen Kagenstein. Auch mich empört es, wenn ich sehe, wie Eltern ihren Kindern im jenseitigen Alter Schnaps geben. Auch ich weiß, daß der Schnapssteuereiser die Ausbreitung und besonders die Vertiefung unserer Bewegung aufs Schlimmste hindert, weil er die Arbeiter über ihr Glend hinwegtäuscht, die Kampffähigkeit zerstört. Die bürgerliche Bewegung gegen den Alkohol hat vollständig bankrott gemacht, weil sie sich nur auf Preßjagd berlegt hat. Gerade mit dem Aufstand und der Bildungsmöglichkeit für die Arbeiter, rufen wir ihr zu. Ich empfehle Ihnen demnach folgenden Antrag des Königsberger Genossen: In Anbetracht der ungeheuren Schädigungen, welche der Alkohol der Arbeiterklasse verursacht, indem er dadurch insbesondere zu einem großen Hindernis für die Verwirklichung unserer Ziele wird, hält es der Parteitag im Interesse des Fortschreitens unserer Bewegung für unbedingt erforderlich, den Alkoholkonsum in der Arbeiterklasse zu bekämpfen. Er fordert daher alle Parteigenossen und insbesondere alle Parteimitglieder auf, noch mehr als bisher die Arbeiter auf die Gefahren des Alkoholkonsums aufmerksam zu machen. (Lebhafte Beifall.)

Kagenstein: Berlin dankt der Vorrednerin für ihre Rede. In der Frage des Generalstreiks sieht er auf dem Standpunkt Bernsteins. Zurzeit, der von manchem schon nicht mehr als Parteigenosse anerkannt werde, habe gesagt: So weit wie in Sachsen brauche man die Gewerkschaft nicht zu irren.

Silber: Breslau bittet den Antrag, auf dem nächsten Parteitag die Frage „Sozialdemokratie und Strafrecht“ zu verhandeln, anzunehmen. Bei der Abstimmung wird der Antrag Königsberg (Alkoholfrage) einstimmig angenommen. Die übrigen Anträge werden dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Es folgt der Punkt „Parlamentarische Tätigkeit“. Das Referat wird aber auf den Nachmittag verschoben. Es werden die Anträge zur Unterstützung gestellt und alle Anträge, die sich auf den Fall Schippel beziehen, werden mit zur Verhandlung gestellt. An die Genossen Singer und Quer wird ein Begrüßungstelegramm geschickt, in dem das Bedauern wegen ihres Fernbleibens ausgesprochen wird. Hierauf tritt die Mittagspause ein.

(Nachmittagsführung siehe 1. Beilage.)

Der Herrscher von Bethanien.

Der Händler Groeneveld, über den wir wiederholt berichtet haben, ist nunmehr in Deutschland angekommen und in Berlin von einem Berichterstatter der „Morgenpost“ interviewt worden. Dem Berichterstatter hat Groeneveld folgendes erzählt:

„Da Herr v. Stempel, der kürzlich im Sererokrieg gefallene Leutnant und Distriktschef von Bethanien, sehr viel dem Jagdport obgelegen habe, sei der Sergeant Rossad der Herrscher von Bethanien gewesen. Er hätte von den Farmern und Händlern verlangt, daß sie ihn zu grüßen hätten. Da Groeneveld dieser Annahme nicht Folge gegeben habe, sei Rossad sehr ergrimmt gewesen und habe zu seiner Umgebung geäußert, daß er den Groeneveld „fliegen lassen“ werde. Das Leben sei ihm (dem Groeneveld) von da ab auch sehr sauer gemacht worden. Ganz schlimm sei es geworden, als er die Tatsache, daß Rossad einen eingekerkerten Gefangenen zu Tode gemartert habe, einer deutschen Zeitung gemeldet habe. Zunächst sei der Postard, der ihm, Groeneveld, als Augenzeuge die Tat Rossads erzählt habe, zu einer Freiheitsstrafe und zu Peitschenhieben verurteilt worden. Gegen ihn sei dann der amtliche Boykott verhängt worden. Aber damit nicht genug, habe man nun jenen Rattenkönig von Anklagen gegen ihn erhoben, durch die er zunächst zu mehrjährigen Gefängnis- und Zuchthausstrafen verurteilt wurde, die dann, wie bekannt, durch die Revisionsinstanz auf eine ganz minimale Freiheitsstrafe reduziert wurden.“

Der Fall Groeneveld läßt sich nun wohl nicht mehr weiter tothschweigen. Jedenfalls wird man die skandalösen Vorgänge und ungeheuerlichen Zustände in Südwestafrika im Reichstag zur Sprache bringen.

Soldaten gegen Streikende.

Aus der Schweiz wird der Magdeburger „Volkstimme“ geschrieben:

Die schweizerische Arbeiterpolitik, namentlich soweit in ihr der Wille der Gewerkschaften zum Ausdruck gelangt, steht augenblicklich im Zeichen einer lebhaften Agitation gegen die kantonalen Militäraufgebote bei Streiks und Ausperrungen. Es unterliegt keinem Zweifel und selbst aus den Kreisen bürgerlicher Militärs weisen vereinzelte Stimmen darauf hin, daß das kapitalkräftige Unternehmertum die Militärbehörden in Streikfällen mehr und mehr zu Maßnahmen zu drängen sucht, die mit dem Charakter und der Würde eines Volksherrschers unvereinbar sind. Bei den großen Tunnelbauten am Simplon und am Ricken (St. Gallen), bei den Bauarbeiterstreiks in Basel und Chaux-de-Fonds und an vielen andern Orten, wo die Arbeiter um die Verbesserung

ihrer Lage kämpften, wurden Soldaten unter die Waffen gerufen, um die in keinem Fall ernstlich gefährdete Ordnung zu erhalten. Die tragende Mehrheit, die derartige Maßnahmen in den Kreisen der Arbeiterklasse herbeizurufen mußten, machte sich schon vor zwei Jahren in einer großen Protestversammlung Luft, die in Bern, der Bundeshauptstadt, stattfand und von Delegationen aus allen Teilen des Landes besucht war. Neuerdings hat nun die Frage über die Mittel und Wege zur Eindämmung militärischer Interventionen gelagert zu einigen Meinungsdivergenzen in der Partei selbst geführt. Von einer Züricher Sektion des sozialdemokratischen Grütlivereins wurde die Parole ausgegeben, daß die Soldaten im Fall einer Verordnung am Streikorte einfach dem Gehorsam zu verweigern hätten. Natürlicher Weise geriet darüber zunächst die bürgerliche Presse in Garne und zwar um so mehr, als jene Lösung in den Kreisen der Gewerkschaften einen lebhaften Widerhall fand.

In den Gewerkschaften ist das ausländische, speziell das deutsche Element stark vertreten, das im allgemeinen und aus erklärlichen Gründen radikaleren Mitteln im Kampf gegen Behörden und Unternehmertum den Vorzug gibt. Die bürgerliche Presse, allen voran das führende Blatt des Liberalismus, die „Neue Zürcher Zeitung“, denunziert die Parole der Dienstverweigerung als deutschen Ursprungs und sucht dadurch die Kampfstimmung der einheimischen Arbeiterschaft zu trüben. Verhängt nun auch dieser Trübsal, der ja ein recht altes Inventarstück bürgerlicher Regierungskunst ist, bei dem Klarlebenden nicht mehr, so darf doch andererseits nicht verschwiegen werden, daß man auch in den leitenden Kreisen der schweizerischen sozialdemokratischen Partei die allzu eifrige Mitwirkung deutscher Genossen bei politischen Aktionen aus taktischen Gründen nicht gern sieht. Die schweizerische Bevölkerung wird von einem starken, auf ihren freiheitlichen Traditionen und Rechten begründeten Selbstgefühl beherrscht. Auffassungen und Urteile über innerpolitische Angelegenheiten, denen in ostentativer Weise von Deutschen Vorschub geleistet wird, begegnen sie von vornherein mit einem gewissen Mißtrauen. Sie hat nun darin auch insofern nicht ganz unrecht, als der deutsche sozialdemokratische Arbeiter, den der Strom des Verkehrs ins Land führt und der hier gewöhnlich nicht längeren Aufenthalt nimmt, über die Dinge um ihn herum oft ein vorschnelles und schiefes Urteil fällt. In seinem an und für sich lobenswerten propagandistischen Betätigungseifer erfaßt er die Situation meist unter Gesichtspunkten, unter denen er sie im Heimatland zu betrachten gewöhnt war. Nach Piemont trägt beinahe jeder Deutsche im Ausland das Dächeln von Sedan auf den Lippen: Man könnte wohl in Travestierung dieses Wortes vom deutschen sozialistischen Arbeiter sagen, daß er zurzeit das Dächeln von Dresden auf den Lippen trägt.

In bezug nun auf die Frage, die uns hier beschäftigt: Die Form, in welche der Protest gegen die Verwendung von Militär gegen Streikende zu kleiden ist, haben sich hervorragende Parteiführer sehr energisch gegen die Dienstverweigerung als Parteiparole gewendet. In der Demokratie wäre die Empfehlung eines solchen Mittels ein taktischer

Mißgriff mit den Rechten des Referendums und der Initiative, kann das Schweizervolk diejenigen Bestimmungen aus seiner Gesetzgebung entfernen, die die Verwaltungsbehörden bislang zu Zwangsmassregeln in Streikfällen berechneten. Allerdings wird ohne die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Arbeiter auch niemals die Garantie einer ganz unparteiischen Anwendung und Auslegung der Gesetze gegeben sein. In dieser Erkenntnis hat nun die sozialdemokratische Parteileitung in gemeinsamer Beratung mit dem Bundeskomitee der Gewerkschaften die Herausgabe eines Massenflugblattes beschlossen, in welchem zwar sehr energig gegen die Truppenaufgebote in Streikfällen protestiert, im übrigen aber der politische und gewerkschaftliche Fortschritt als die notwendigste Vorbedingung zur Abhilfe proklamiert wird. In bezug auf das empfohlene Mittel der Dienstverweigerung heißt es in dem soeben publizierten Entwurf zu diesem Flugblatt, daß es Gewissenssache jedes einzelnen sein müsse, ob er einrücken wolle oder nicht, da jeder einzelne auch die Folgen eines solchen Schrittes zu tragen hätte. Das Flugblatt fordert aber die Arbeiter auf, als Soldaten in keinem Fall aufstehende Arbeitstrüder zu schießen. Würde ein derartiger Befehl ergehen, so sei nicht nur der Gehorsam zu verweigern, sondern jeder Wortspruch mit allen Mitteln zu verhindern.

Es steht zu erwarten, daß diese sehr energische Sprache ihres Eindringens sowohl auf die Arbeiter als auf die Behörden nicht verfehlen wird. Allerdings wird die ganze Angelegenheit auch noch dem kommenden Parteitag ausgiebigen Stoff zur Diskussion bieten.

Generalfstreik.

In Italien war gestern ein nationaler Feiertag, der überall festlich begangen wurde; heute wird die Arbeit beinahe überall wieder aufgenommen — der Generalfstreik ist zu Ende. Jetzt, wo der Telegraph wieder spielt und briefliche, nicht zensurierte Nachrichten antommen, kann festgestellt werden, daß der Generalfstreik in vielen Städten vollkommene Gelungen ist. Nur die Eisenbahnen haben die allgemeine Parole nicht befolgt; sonst standen aber „alle Räder still“.

Daß dieser Zustand in solchem Umfange ausbrechen konnte, ist nur Schuld der Regierung Giolitti. Als sich der Protest über die Rebeleien in Sardinien erhob, da kam schon die Todeskumde aus Sizilien und ihr antwortete die geistige Gauchpöbel Italiens, ihr antwortete Mailand mit dem Generalfstreik. Aber in Rom fehlten die Nachrichten, in Genua fehlten sie, keiner wagte vom andern, man wagte nicht, daß in Mailand gestreift wurde. Alle Telegramme wurden aufgehalten. Und in dieser Unwissenheit kam die Nachricht einer neuen Lufttat. Am Abend des 15. d. haben die Carabinieri in Sassari Punkte auf die Ar-

beiter geschossen und haben zwei Tote und fünfzehn Verwundete auf dem Plage gelassen. Man hat nach dem offiziellen Bericht 200 Schüsse abgegeben. Das war genug, Übergenug. In ganz Sicilien begann sofort der Streik: Genua, San Pier d'Arrena, Sassari, Bra, Valtri, all die industriellen Zentren, in denen Schlot an Schlot steht, streikten. In Mailand, so läßt sich die „Frankf. Zeitung“ schreiben, war tatsächlich das souveräne Volk mit seinem Willen bestimmend. Es begnügte sich nicht damit, daß die Fabriken sämtlich die Arbeit eingestellt haben, daß die Trambahnen nicht fahren, daß die Zeitungen nicht erschienen, nein, auch die Läden und Restaurants mußten schließen, die Droschken wurden angehalten und auswärtige Zeitungen durften nicht auf den Straßen verkauft werden. Das Beispiel Mailands wirkte ansteckend: Genua, Turin, Venedig, Bologna, Rom, Neapel und zahlreiche kleinere Orte folgten; in allen bedeutenderen Städten des Landes wurde der Generalfstreik proklamiert. Wenn die Eisenbahnen der Parole ihrer Führer, 24 Stunden zu streiken, gefolgt wären, hätte der Wille des Proletariats oder wenigstens des Teils, der bei solchen Gelegenheiten zu führen pflegt, eine ganz juristische Machtprobe abgelegt, die es jetzt oder später zu weiteren Folgerungen veranlassen könnten.“

In Mailand begriff die Stadtverwaltung recht gut, was auf dem Spiele stand. Das zeigt deutlich der nachstehende Aufruf, den die Gemeindebehörde an die Ausländer erließ:

Bürger!

Eure Gemeindevorstellung versteht, daß ein berechtigter Mißmut Eure Seelen erfüllt, aber sie weiß, daß je adeliger Eure Entrüstung gegen die Gewalttätigkeit ist, um so höher und erfolgreicher Euer Protest sein wird, wenn er in den Grenzen wahrer und kräftiger Kultur eingehalten sein wird. Bürger! Stellt der Gewalt nur die Ruhe bereit, die sich stark fühlen, entgegen.

Wir, Eure Vertreter, sind mit Euch solidarisch im Protest gegen die Ermordungen dieser Tage, und damit sich diese nicht wiederholen, wird noch heute Euer Bürgermeister der Regierung den Ausdruck Eurer Entrüstung überbringen, und wir hoffen, daß Ihr Euch inzwischen ruhig behalten und bald die in einem schmerzlichen Moment verlassene Arbeit wieder aufnehmen werdet.

Auch die Regierung mußte bald einsehen, daß sie vor einer Empörung des öffentlichen Bewußtseins stehe, vor einer Erhebung des Proletariats, die mit nichtslegenden Nebenarten nicht zu beschwichtigen ist, daß sie genötigt sei, ernste Maßregeln zu ergreifen, binden die Versprechungen zu machen. Minister Giolitti hat denn auch sofort die am Morde beteiligten Soldaten verhaften lassen. Aber die in Aussicht gestellte Sühne allein genügt den Arbeitern nicht. Sie beschloßen, nicht wieder an ihre Arbeit zu gehen, bis die Regierung Garantien gegeben, daß solche Schändlichkeiten sich nicht wiederholten. Auch der Versuch Giolittis durch den Abgeordneten Chiesa und den Bürgermeister von Mailand, denen er Versicherungen für die Zukunft gab, genügt nicht. Erst als Giolitti an den Gemeinderat von Turin

„In Castelluzzo handelte es sich um einen Zusammenstoß mit den Organen der öffentlichen Gewalt, die dort in normaler Weise stationiert und nicht erst in besonderer Mission dahin entsendet worden waren und die ohne höhere Befehle vorzugehen sind. Angesichts der ersten Folgen, die dieser Zusammenstoß hätte nach sich ziehen können, sendete ich sofort und ohne eine Beschwerde abzuwarten, den Präfecten an Ort und Stelle mit dem Auftrag, eine strenge Untersuchung einzuleiten. Gleichzeitig ließ das Carabinierikommando die bei dem Zusammenstoß beteiligten Militärpersonen verhaften und der gerichtlichen Behörde zur Verfügung stellen, die nun mit der größten Strenge und in vollkommener Unabhängigkeit die Untersuchung führt.“

Keine andre Regierung hätte mehr zu tun können, um die Verantwortlichkeit der Schuldigen festzustellen. In der Ausübung meiner Mission habe ich mich stets in den Grenzen der Gesetze gehalten und werde auch immer so handeln; aber ich werde auch stets meine Pflicht erfüllen, das heißt dem Gesetz vor aller Welt Achtung verschaffen.

Wenn die Gemeinderäte, in deren Namen Sie sich an mich wenden haben, sich die von mir angebahnte Aenderung des Systems der inneren Politik, wenn sie sich die gewaltigen Schwierigkeiten vor Augen halten, die ich zu besiegen hatte, um diese Aenderung durchzuführen, wenn sie endlich an die Worte denken, die daraus dem Arbeiterstande in ganz Italien erwachsen sind, dann werden sie zugeben, daß jeder Verdacht ausgeschlossen ist, als wollte ich den so glänzenden Erfolg dieser Politik mit toller Gewalt kompromittieren, und sie werden sich — ich bin dessen sicher — von der Notwendigkeit überzeugen, ihren Genossen Ruhe zu empfehlen und jene bedauerlichen Gewalttaten zu verhindern, welche nur der Sache der Freiheit schaden, die für das Wohlergehen und den materiellen sowie den sittlichen Fortschritt der breiten Volksschichten so unerlässlich ist.“

Nachdem der italienische Ministerpräsident eine solche programmatische Rundgebung erlassen hatte, konnten die Arbeiter den Generalfstreik für beendet erklären. Die Sektion, die sie der italienischen Regierung gaben, hatte gewirkt.

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 223.

Magdeburg, Donnerstag den 22. September 1904.

15. Jahrgang.

Sozialdemokratischer Parteitag.

(Eigener Bericht der „Volksstimme“.)

Bremen, den 20. September 1904.

Zweiter Verhandlungstag.

(Nachmittags-Sitzung.)

Zur Verhandlung kommt der Punkt der Tagesordnung

Parlamentarische Tätigkeit.

Der Fall Schippel wird damit verbunden.

Folgende Anträge werden dabei zur Beratung gestellt:

Die Parteigenossen in Essen beauftragen: Der Parteitag möge die Reichstagsfraktion beauftragen, in Zukunft sämtliche Kolonialforderungen abzulehnen.

Die Parteigenossen in Niederbarnim beantragen:

Die Fraktion soll dahin wirken, daß die für Landarbeiter und Gefinde bestehenden Ausnahmestellen besetzt und diesen Arbeitern das Koalitionsrecht gesichert wird.

Die Parteigenossen in Augsburg beantragen:

Die sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstages wird beauftragt, die Reichsregierung aufzufordern, einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher der schon seit 30 Jahren bestehenden Zivil- und den logischen Abschluß des Zivil-Vertrages folgen läßt. Die Besetzung dieser Stelle liegt im Interesse des kulturellen Fortschritts.

Parteigenosse H. Wolf in Hamburg beantragt:

Die Fraktion wird beauftragt: einen Gesetzentwurf einzubringen, welcher bezweckt:

1. Veränderung der Eidesformel bzw. Streichung der Worte „bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden“ und „So wahr mir Gott helfe“.

2. Aufhebung der gesetzlichen Bestimmungen, welche die Rechte der Nichtangehörigen einer religiösen Gemeinschaft wieder aufheben.

Die Parteigenossen Berlin IV und Essen beantragen:

Der Parteitag möge Stellung nehmen zu dem Verhalten Schippels in Zoll- und Handelsfragen und ev. dessen Ausschluß aus der Partei herbeiführen.

Die Parteigenossen des 3. hamburgischen Wahlkreises beantragen:

Der Parteitag möge die Fällung des Genossen Schippel in der Schutz- und Agrarfrage einer Prüfung unterziehen. Sollte sich dabei ergeben, daß Schippel mit den Anschauungen der Partei nicht mehr übereinstimmt, so ist derselbe aufzufordern, sein Mandat niederzulegen.

Während diese Anträge schon vor Aufammentritt des Parteitages vorlagen, ist die folgende Resolution Weber erst zu der jetzt stattfindenden Erörterung eingebracht.

Der Parteitag mißbilligt auf das schärfste die Unklarheit und Zweideutigkeit, mit welcher der Genosse Schippel seit langem in Wort und Schrift sich gegenüber der Frage der Lebensmittelpreise verhalten und dadurch unsern Feinden Material gegen die Partei geliefert hat.

Wenn schließlich der Genosse Schippel, durch die Fraktion zu klarer Stellungnahme gedrängt, erklärt, daß er Gegner der Agrarfrage sei und in der Zollfrage die Stellung der Partei teile, so war es um so unbegreiflicher und unverzeihlicher, daß er seit Jahren seinen ganzen Scharfsinn und sein ganzes Können aufbot, um zu beweisen, daß vom agrarischen Standpunkt aus die Forderung der Agrarfrage gerechtfertigt sei, eine Aufgabe, die wahrlich nicht diejenige eines Sozialdemokraten sein kann.

Der Parteitag mißbilligt aber auch entschieden den Ton, den er in den letzten Jahren im Ton, in dem der Genosse Schippel die Polemik gegen die Partei und Parteigenossen führte, ein Verfahren, das sich um so weniger rechtfertigt, als er seinen Standpunkt in der Agrarfrage von Grund aus gewechselt hat.

Den Bericht erstattet Abg. Ledebour: Mit Rücksicht auf den gedruckt vorliegenden Bericht verzichte ich auf eine nochmalige Darstellung unserer Tätigkeit. Ich will vielmehr nur auf die nach Schluß der Session gegen uns erhobenen Vorwürfe eingehen. Vorher aber muß ich noch auf den Fall Schippel eingehen, der durch einen Fraktionsbeschluss in Fluß gebracht worden ist. Als ich Ende Juni meinen schriftlichen Bericht abschloß, war Genosse Schippel meines Erachtens noch nicht über die Einleitung hinaus. Schippel hielt diese Artikel freilich für den Hauptteil und kam kurz danach zu dem Schluss, der mit Veranlassung gibt, wenigstens nach der formalen Seite darauf einzugehen. Wollte man Schippels Darstellung annehmen, so müßte man annehmen, daß er in den letzten Monaten und Jahren mit der Hilfe eines Weifen sozialpolitischen Fragen studiert und die Partei als getreuer Gehilfe davor gewarnt habe, sich von den Freihandelsbüchsen umgarnen zu lassen. Schließlich hätten einige Stänker, Krafeler und Kindstöcke wegen eines rein wissenschaftlichen Vortrags im geschlossenen Kreise ihn des Parteiverrats geziehen und die Partei habe sich dann erteilen lassen, die Frage vorzulegen, die er dann auf 47 Spalten beantwortet hat. Aber in Wahrheit steht es so: Wenn jemals die Fraktion die Massen in Bewegung gebracht, jemals ihre Schuldigkeit getan hat, so bei der Schroffheit und Unerbittlichkeit, mit der sie die Zollherhöhung bekämpft hat. Die bürgerliche Sozialpolitik, prinzipiell keine der wichtigsten Fragen für unsere Partei, war doch in den letzten Jahren der Hauptgegenstand der Kämpfe unserer Fraktion. Während dieser Kämpfe hat sich Schippel völlig passiv verhalten. Er hat niemals in die Debatte eingegriffen, niemals sich an den Kommissionenverhandlungen beteiligt, obwohl er nach Wissen und Können der Verurteilung einer gewissen wäre. Niemand verlangt, daß er seine Überzeugung verleihe, und es scheint, als ob er sich damit rechtfertigen wollte, daß er bei seiner abweichenden Meinung eben geschwiegen hätte. Aber er hat nicht geschwiegen. Er hat außerhalb des Reichstages in Schriften die Argumente dargestellt, die von den Interessenten für den Schutz Zoll geltend gemacht werden. Nun sagt er, man müsse die Parteigenossen über die Anschauungen der Gegner aufklären. Gewiß, aber er als Sozialdemokrat hätte doch auch die Pflicht gehabt, dazuzusetzen, weshalb wir die gegnerischen Anschauungen nicht akzeptieren können (Zuruf Weber: Sehr richtig!), in welchem Punkte sie nicht sind. Nun wurde Schippel auch von unsern Gegnern als Agrarfraktionsführer angesprochen, insbesondere vom Freiherrn v. Helldorf, der zu seinen hervorragenden Bewunderern gehört. Schippel schwieg. Ich mußte immer an die Schilderung der Spying im zweiten Teil von Goethes „Faust“ denken:

Sitzend vor den Pyramiden,
Zu der Völker Hochgericht,
Überwachen Krieg und Frieden
Und verziehen kein Gesicht.

(Große Heiterkeit.) Aber andre Parteigenossen fühlten sich demogen, ihn zu verteidigen, indem sie darauf hinwiesen, daß er den Fraktionsauftrag mit unterzeichnet habe, der in klaren Worten der Entscheidung den Zollwucher brandmarkt. Schippel hat geschwiegen. (Große Heiterkeit.) Den unmittelbaren Anlaß zu der Aufforderung der Fraktion gab ein etwas ausführlicher Bericht über eine Versammlung im dritten Kreise Berlin, zu der, wie ich feststelle, jedermann Zutritt hatte. Uebrigens ist gerade in Berlin wohl nur ein kleiner Teil selbst der Parteigenossen befähigt, die Darstellung einer solchen Versammlung wie Schippel so zu ergänzen, daß sich ein unsterblicher Nachweltliches Bild ergibt. Jedenfalls entstand selbst bei den Freunden

Schippels die größte Verwirrung. Das weiß vor allem Genosse August Enders in Chemnitz, der sich unter den Erzählungen seines Abgeordneten, Lehrens und Führers Schippel zum Agrarfraktionsführer durchgemauert hat (Heiterkeit) und bei diesem dieselbe Entschiedenheit annahm. Der unhaltbare Unterschied, den Enders zwischen Schutz- und Erhaltungszöllen einerseits und Vereinerlichungen andererseits macht, ist wohl nur ein letzter Rest von freihändlerischen Anschauungen. Die Fraktion glaubte, daß Schippel mit seiner inneren agrarischen Schutz- und Erhaltungszöllen nicht recht herausbrücken wollte, wenn es mir auch bis zu einem Grade ein psychologisches Rätsel war. (Heiterkeit) Daß unter Aufforderung so lange gedauert hat, ist nur ein Zeichen unserer Toleranz. Bei den scharfen Polemiken zwischen Kautsky, der dem armen Schippel wie ein Alp auf der Seele liegt, und Schippel in den letzten Jahren hat die Fraktion nie eingegriffen. Aber dieser letzte Tropfen hat den Becher zum Überlaufen gebracht (Sehr richtig) und Schippel darf sich nicht beschweren, daß es schließlich nur ein Überlaufen gebracht hat. (Weber ruf: Sehr richtig!) Wir wollten endlich Klarheit haben, wie es sich vereinigen ließe, daß Schippel im Reichstagshandbuch und im Fraktionsauftrag gegen Hölle auftritt, während er durch seine Argumente in Versammlungen und Schriften nur den Gegnern nützt. Schippel hat gegenüber einer allerdings auch solchen Darlegung Kautskys am 15. September in der Chemnitzer „Volksstimme“ erklärt, er habe der Fraktion angeboten, die ganze Sache durch eine kurze Erklärung aus der Welt zu schaffen und dieser Antrag sei aus Geschäftsordnungsgründen gefallen. Ganz recht, aber er wäre auch sonst abgelehnt worden. Denn eine kurze Erklärung, daß er nach wie vor auf dem Standpunkt des Fraktionsauftrages stehe, hatte Schippel schon abgegeben. Aber wir verlangten eine klare, unauflösbare Erklärung Schippels vor der Masse der Parteigenossen. Hätten wir Schippel schon so gekannt wie jetzt, hätten wir vielleicht die Frage so gestellt: Wie verhält sich Genosse Schippel die Tatsache, daß er im Reichstagsbericht die Stellungnahme der Fraktion in Zollfragen unterstellt, mit der andern Tatsache, daß er seit Jahren mit den Argumenten operiert hat, die nur den Gegnern zugute kommen? Schippel hat sich mit dem Gleichmütigen, der ihn auszeichnet, (Heiterkeit) überlegt, ob er antworten sollte. Schließlich hat er geantwortet, aber die Antwort die er gegeben hat, war nicht die, die wir erwartet haben. Er hat alle schuldnerischen Parteigenossen aus der Vergangenheit und Gegenwart zitiert, aber wir wollten ja seine Anschauungen kennen lernen. Die müßten wir schon im Interesse der Genossen im Lande draußen kennen lernen, die in den Zollfragen mit den Gegnern aufeinandergeraten und denen dann der große Nationalökonom Schippel als Kuppel zwischen die Beine geworfen wird. (Sehr richtig) Wenn Schippel plötzlich am Schluß sagt, ich habe nie daran gedacht, Agrarfraktionsführer zu sein, so verhält er die ganze Partei, seine besten Freunde. Was er eigentlich denkt, weiß ich nicht, er ist eben ein psychologisches Rätsel und ich kann mich in einen so merkwürdig geschaubten Seelenzustand nicht hineinversetzen. Aber bei andern Leuten würde ich annehmen, daß sie sich aus einem höchst peinlichen Zwiespalt zwischen den Pflichten eines sozialdemokratischen Abgeordneten und ihren inneren Überzeugungen herauszuretten suchen und die, ihre Widersprüche festgenagelt haben, mit allerlei Schmeicheleien überhäufeln. Ich kann für meine Person — die Fraktion war ja seitdem nicht zusammen — erklären, daß Schippel die Frage, vor die er gestellt worden ist, nicht beantwortet hat. (Sehr richtig) In 47 Spalten ist Schippel uns die Antwort schuldig geblieben. Was er getan, ist das, daß er die Fraktion verhöhnt hat. (Sehr richtig) Nun, Schippel wird ja hier noch Gelegenheit haben, sich auszusprechen und wir werden ja sehen, ob seine Erklärungen uns befriedigen.

Nach ein. In der gestrigen Nummer des Neuen Montagsblattes wird vom Genossen Eduard Bernstein die ganze Schippel-Frage mit meisterhaftem Geschick auf den Kopf gestellt. Er sucht sie durch Hinweis auf die Meinungsfreiheit zu lösen. Niemandes Meinungsfreiheit soll beschränkt werden. (Weber: Sehr richtig!) Aber schließlich schreibt ab Bernstein: „Aus wissenschaftlichen Prinzipien sollen die Regeln für das Handeln der Partei bestimmt werden. Darum müssen wir den größten Mut der Meinungsfreiheit ehren und ihn fördern, wo er schwach ist.“ Ganz richtig, Genosse Bernstein! Aber gerade weil wir vom Genossen Schippel den Mut der Meinungsfreiheit verlangten, deshalb haben wir ihn aufgefordert, endlich seine eigene Meinung klar und unambigu zu sagen. (Weber: Sehr richtig!) Das ist Geburthschmerz beim Mut der eigenen Meinung (Heiterkeit), die nun nicht zum Durchbruch kommen will. (Große Heiterkeit.) Das ist ein Kaiserchnitt. (Stürmische Heiterkeit.)

Medner bespricht hierauf die übrigen vorliegenden Anträge. Der Antrag Essen, sämtliche Kolonialforderungen abzulehnen, hat seinen Grund in unserer Stimmhaltung bei dem Herero-Fredit. Ueber der Berichtserstattung schwebte ein Unkern. Der eine Grund Bedels für die Stimmhaltung, das Humanitätsgefühl für die Ausländer, ist in dem Bericht weggelassen worden und das hat eine able Wirkung gehabt. Man hat gesagt, die Weissen haben sich gräßlicher Grausamkeiten gegen die Schwarzen schuldig gemacht. Aber doch nicht alle Weissen. Es sind doch nicht bloß Händler, denen alles zuzutrauen war, es gibt auch Ansiedler und Arbeiter drin. Weiter, die Kolonien sind nun einmal deutscher Besitz. Es sind Landesgenossen hinter gelockt worden. Niemand wird bestreiten, daß die Regierung die Deutschen zu retten verpflichtet war. Diese Rettungspflicht müssen wir anerkennen. Weil aber ein Rachefeldzug unternommen worden ist, konnten wir nicht dafür stimmen. Deshalb haben wir uns der Abstimmung enthalten. Stimmhaltungen von unserer Seite sind erfolgt bei den Kreditbewilligungen für den deutsch-französischen Krieg und beim Dynamitgele. Wir sind schroffe Gegner der Kolonialpolitik. Aber es gibt Fälle, wo wir bei Folgerichtigkeiten der Kolonialpolitik positiv eingreifen müssen. Der strikt ablehnende Standpunkt ist viel einfacher. Schwierigkeiten macht die Ablehnung nicht. Aber dann dürfen wir auch nicht die schlagende Hand über die Opfer der kolonialen Unterwerfung der Vergewaltigung der Bureautatik halten. Der Antrag Essen ist unannehmbar. Wir sind schon für Kolonialforderungen eingetreten. Bei den Einzelberatungen für die Ausstellungen und Finanzierung der ostasiatischen Expedition haben wir trotz unserer grundsätzlichen Gegnerschaft die Kosten für die Exzesse bewilligt. Das Zentrum hatte in der Budgetkommission Abstriche beantragt, wir haben diese Abstriche bekämpft und die volle Summe bewilligt aus humanitären Gründen. Das wäre nach Ausnahme des Antrags Essen unannehmbar. Wir haben erklärt, wir würden dafür zu haben sein, um den Negern in Logo das ihnen abgeschwundene Land zurückzugeben. Das wäre in Zukunft auch unmöglich. Ich warne Sie, den Antrag anzunehmen. Sie hindern die Fraktion, helfend einzutreten, wo es in kolonialen Dingen nötig ist. Ich bedaure, daß die Resolution der Parteigenossen in Bonnern

Der pommerische Parteitag erklärt sich mit der Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion bis auf die Abstimmung bei den Kaufmannsgerichten einverstanden und wünscht, daß die Fraktion ähnlichen sozialpolitischen Gelegenheiten, soweit dieselben nennenswerte Vorteile für die Arbeiter enthalten, ihre Zustimmung geben möge. nicht genügend unterstützt worden ist. Ich hätte seine gründliche Ablehnung gewünscht. Aber Genosse Rörksen hat den in der Resolution vertretenen Standpunkt auch öffentlich vertreten und ich kann darauf eingehen. Rörksen hat in der Fraktion auch seinen Standpunkt vertreten. Das war sein gutes Recht und stellt ihn in erfreulichen Gegensatz zu Schippel. Die Fraktion hat Rörkens Standpunkt mit großer Mehrheit verworfen. Wir haben das Gesetz abgelehnt, weil das Kaufmannsrecht abgelehnt und das Wahlrecht für die Männer veräußert worden war. Mit uns haben die Freisinnige Vereinigung und ein Teil

der freisinnigen Volkspartei gegen das Gesetz gestimmt. Wir können uns nicht an eine Formel binden, jedes Gesetz wegen einiger sozial-reformeller Vorteile anzunehmen. Es können zu große Nachteile damit verbunden sein. Da muß von Fall zu Fall entschieden werden. In der „Neuen Zeit“ hat Linn gefragt, mit welcher aggressiven Plänen wir uns in der Fraktion beschäftigen. Das können wir nicht ver-raten. Da muß Genosse Linn warten, bis wir handeln. Linn tritt aggressiv, solange wir in der Minderheit sind. Unsere Kritik ist sehr und die Mehrheit ist in der Hand, den Kampfplatz zu bestimmen. Sein Verlangen nach einem Heimarbeiterschutzgesetz ist ganz berechtigt. Wir wünschen es auch, haben es auch versucht. Auf einen Sieg ist aber der Baum nicht gefallen. Wir werden die Frage des Heimarbeiterschutzes, sobald es die parlamentarische Lage zuläßt, im Reichstag mittels einer Resolution aufstellen. Linn tritt sich, wenn er glaubt, der Einfluß der Sozialdemokratie auf die Gesetzgebung ist geringer geworden. Er war noch niemals so egoistisch wie jetzt. Linn meint vielleicht, früher waren die Gegnerschaften uns gegenüber wohlwollender als jetzt. Aber das ist kein Gradmesser für unsere Einflüsse. Der Einfluß beruht auf der Furcht vor unserm Wachstum, vor der Ueberwucherung mit der sozialdemokratischen Flutwelle. Diese Sturmflut herbeizuführen arbeiten wir unablässig. An Selbstkritik fehlt es uns nicht. Und darin liegt die Bürgschaft, daß der Einfluß der Partei nicht schwindet. Die Fraktion wurzelt im Mutterboden der Partei und ich hoffe, daß noch am heutigen Tag das Wort Heines von ihr gilt: Der Riese (Mikias) hat wieder die Welt beherrscht und es wachsen ihm neu die Kräfte.

Dr. Michels-Markow: In dem Punkte der Ablehnung der Herero-Fredite hat mich Ledebour nicht überzeugt. Menschenleben kann man nicht retten, indem man Menschenleben preisgibt und tausende Soldaten den Geschossen und Tropenkrankheiten überliefert. Auch zu einem andern Punkte möchte ich sprechen. Es betrifft die Rede, die Weber in der 51. Sitzung des Reichstages gehalten hat, in der er sagte, wenn die Politik Deutschlands auf dem Spiele stände, würde der letzte Sozialdemokrat mit ins Feld ziehen, auch die Sozialdemokratie würde keinen Feind Landes von Deutschland preisgeben. Ich war damals gerade im Auslande und habe sehr viele Zuschriften erhalten, teils sympathisierend, teils aber auch von organisierten Genossen, die der Meinung Ausdruck gaben, Weber sei schon nationalsozial geworden. (Lachen.) Ich habe geantwortet, Weber ist eine wundervolle Stradivarvioline und nur manchmal sehr der Bogen aus einer falschen Seite an und der Ton ist dann eine Schwingung zu hoch. (Heiterkeit.) Den Satz: Wir werden nie einen Feind Landes von Deutschland herausgeben, halte ich nicht für richtig. Er steht im Widerspruch mit unserm Parteiprogramm, nachdem wir das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkennen müssen. Weber hätte recht, wenn Deutschland ein geschlossenes Land wäre, das ist aber nicht der Fall. Es wohnen bei uns nicht nur Deutsche, sondern Dänen, Franzosen und Polen. Der Fall kann ja praktisch werden, wenn man es mit der Sozialpolitik so weiter treibt. Nehmen wir an, es kommt zu einem Volksaufstand in Polen. (Große Besorgnis.) Wollen wir da nicht mit den Polen gehen? Wollen unsere Sympathien nicht mit den Polen gehen, die für ihre Nationalität bis zum letzten Blutstropfen kämpfen. (Erneutes Glockenzeichen.) Meine Zeit ist abgelaufen. (Heiterkeit.) Ich will nur noch sagen: Es darf in unserer Gegnerschaft zur Kolonialpolitik und Militärpolitik keine Ausnahme geben.

Hoch-Hannau: So sehr ich die Haltung der Fraktion in sozialpolitischen Fragen im allgemeinen als jenenreich anerkenne, muß ich doch einige Punkte herausgreifen. Schuld an der Nichterfüllung vieler Wünsche ist die Umwandlung der Anträge in Resolutionen, die entgegen wiederholten Versprechungen des Präsidenten nicht behandelt wurden. Vor allem muß ich auf das einschneidendste indelikt, daß die Fraktion nicht wegen des Agrarfraktionsführers interpelliert hat. Weber gibt dann eine längere Darstellung dieses Vorwurfs.

Kollwage-Augsburg begründet den Antrag seines Kreises. Der Staat tue nichts für die Leibesbestattung, obwohl er doch verlangt, daß der neugeborene Erbenbürger für sein Zivilstandsregister angemeldet werde. Nicht Kampf gegen die Kirche, sondern Wahrung der Gewissensfreiheit und Rücksicht auf den Wunsch der Verstorbenen leite ihn bei diesem Antrag. Der vereinzelte Freigeist auf dem platten Land, während des Lebens verachtet, werde verscharrt wie ein Kadaver, während in der Großstadt die Solidarität der aufgeklärten Geister helfend eingreife. Aber die Kirche verlege auch häufig, z. B. bei Mischehen, die Beerdigung. So werde oft noch in der Ära der Geistesfreiheit, um den Anschein einer Ausübung zu erwecken. Dritter Grund sei die wachsende Selbstmordstatistik. Wir sehen im Selbstmörder keinen Verbrecher und wünschen ihn nicht mehr beschimpft zu sehen. Aus allen diesen Gründen empfehle ich die Einführung des obligatorischen Zivilbegräbnisses.

Abg. Lipinski-Leipzig polemisiert gegen Hoch. Die Fraktion habe nach gründlicher Kommissionsberatung und in Uebereinstimmung mit den Leipziger führenden Genossen von einer Interpellation Abstand genommen. Dann verteidigt Medner gegenüber den Einwürfen Rörkens die ablehnende Stellung der Fraktion zum Entwurf betr. die Kaufmannsgerichte.

Dümel-Essen: Wir besüchten die Konsequenzen der Stimmhaltungen in der Herero-Frage. Mit denselben Gründen konnte man runde Geschäfte zur Abwehr etwaiger Invasionen Frankreichs oder Erziehungszölle für nicht zehende Industrien bewilligen. Jedenfalls muß es auch gegenüber der Sozialdemokratie heißen: Diesem System keinen Mann und keinen Groschen. Unter ausführlicher Darstellung der Schädigung der deutschen Sozialpolitik, die die Fertigungsindustrie geradezu hindert, bittet der Redner die Fraktion, es bei den Handelsverträgen wieder mit der Obstruktion zu versuchen.

Abg. Rörksen: Es ist mir ein längst empfundenenes Bedürfnis, zu der von mir angeregten Frage mich auszusprechen. Ich hoffe, daß der Parteitag die Meinungsfreiheit achten wird. Wenn man auch nicht den Mut hat, es zum Ausdruck zu bringen, denken doch viele mit mir. In den rückständigen Landesteilen wird uns durch diese Bestimmungen die Liquidation sehr erschwert. Sie sollten mal die Hinterpommeren kennen lernen (große Heiterkeit), wie sie mit allen Ehrenzeichen geschmückt zur Wohl kommen und der Politzig mit in das Hoch auf die Sozialdemokratie einstimmt. (Große Heiterkeit.) Wir können unsere Wähler nicht auffären; denn weder die Presse noch Versammlungsräume stehen uns ausreichend zur Verfügung. Nur die Sozialpolitik ist der Kitt, der die Leute an uns festhält. Können wir gleich mit dem Reichstags-tag, so wäre es mit unsern Stimmen vorbei. (Große Unruhe.) Durch die gelegentliche Abstimmung gegen Sozialgesetze verlieren wir tausende von Stimmen. Dabei könnte die Partei ihren Standpunkt ruhig mit aller Schärfe zum Ausdruck bringen und doch dafür stimmen. Und in der Tat haben wir für Gesetze gestimmt, die weniger brachten, als das Gesetz über die Kaufmannsgerichte. Auf das Frauenstimmrecht wollte die Fraktion verzichten, wenn die Altersgrenze von 21 Jahren erhalten bliebe. Brauchten wir dafür zu sorgen, daß genügend Leute mit 25 Jahren vorhanden waren, um das Gesetz durchzuführen. (Zuruf: Aber Sie hätten da dafür stimmen können.) Die Kaufleute verlangten, daß wir für das Gesetz stimmten. Abg. Weber: Gegenüber den Handelsverträgen können wir schon deshalb nicht zur Obstruktion verpflichtet werden, weil bei den Handelsverträgen keine Detailberatung stattfindet, sondern sie im ganzen angenommen oder abgelehnt werden müssen. (Sehr richtig.)

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 223.

Magdeburg, Donnerstag den 22. September 1904.

15. Jahrgang.

Gewerbegerichtswahlen.

(Snr Beachtung für alle sozialdemokratischen Arbeiter und Arbeitgeber.)

Am 2. November finden die Gewerbegerichtswahlen in Magdeburg statt. Sie sind in diesem Jahre von erhöhter Wichtigkeit, weil sie nach dem Grundsatz der Verhältniswahl stattfinden. Die Arbeitervereine, die zu der modernen Arbeiterbewegung keine Beziehungen haben, werden sich also an der Wahl beteiligen; sie bilden zwar die Minderheit, aber auch diese Minderheit wird durch das neue Wahlverfahren in den Stand gesetzt, Weisiger zu erringen.

Welche Stellung die Klassenbewußten, gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter diesen Minderheiten gegenüber einzunehmen haben, ergibt sich aus dem Charakter dieser Vereine. Sehen wir sie uns einmal näher an. Es sind, soweit bis jetzt bekannt, folgende Vereine, die ein Bündnis zur Bekämpfung der modernen Arbeiterbewegung abgeschlossen haben:

Sämtliche Ortsvereine der Hirsch-Dunderscher Gewerksvereine, die Werkmeister-Bezirksvereine in Magdeburg, Neustadt und Budau, der Brauergesellenverein Magdeburgs, der Verein der Maurer- und Zimmererpoliere Magdeburgs, der deutsche Kellnerbund, der deutsche Kellner-Verband, der Gesenfer Verband der Kellner, der Lohn- und Dienerverein, der christlich-soziale Metallarbeiter-Verband, der katholische Männerverein Budau, der evangelische Arbeiterverein Budau, der evangelisch-patriotische Bürger-Verein Budau, der katholische Arbeiterverein Sudenburg, der evangelische Arbeiterverein Magdeburg und der Polenverein.

Ein bunt zusammengewürfelter Haufen ohne gemeinschaftliche Interessen, eine Gruppe von Leuten, die nur eines einigt: die Feindschaft gegen die moderne Arbeiterbewegung; das sind die Leute, die bei den Gewerbegerichtswahlen gegen die Mehrheit der Magdeburger Arbeiter zu Felde ziehen. Als Prämie für ihr Wohlverhalten bei Reichstags-, Landtags- und Stadtverordnetenwahlen haben diese Schutztruppen der Unternehmer das Verhältniswahlsystem vom Magistrat erhalten; sie werden nun bestrebt sein, möglichst viel Stimmen und möglichst viel Weisigerposten einzuheimen.

An sich schadet es dem Gewerbegericht nichts, wenn auch andre Richtungen darin vertreten sind. Es ist aber skandalös, daß man das System der Minoritätenvertretung — von einer Ausnahme abgesehen — nur da angewandt hat, wo die modernen Gewerkschaften sich in der Mehrheit befanden. Auch hier in Magdeburg hätte der Magistrat, der das Stadtverordneten-Wahlrecht verschlechterte, niemals ein „gerechtes“ Wahlssystem eingeführt, wenn er nicht die Hoff-

nung gehegt hätte, damit die moderne Arbeiterbewegung schädigen zu können.

An den Arbeitern Magdeburgs liegt es, diese Hoffnung zunichte zu machen. Sie haben die Aufgabe, am 2. November zu zeigen, wie schwach und unbedeutend die „Arbeitervereine sind, die ausbeutungswütige Unternehmer und arbeitfeindliche Stadtverwaltung in halber Harmonie schützen und begünstigen.

Es kommt bei der Gewerbegerichtswahl in diesem Jahre auf jede Stimme an! An die Arbeiter und Arbeitgeber, die mit der modernen Gewerkschaftsbewegung sympathisieren, ergeht der Ruf, sofort mit der Organisation der Niederlage jener Unternehmer-Gruppe zu beginnen!

Vor allem heißt es, dafür zu sorgen, daß die Wählerlisten die Namen aller Wähler enthalten.

In allen Fabriken und Werkstätten ist von heute an auf folgendes zu verweisen; in jeder Versammlung, die abgehalten wird, muß nachstehendes den Besuchern in Erinnerung gebracht werden:

Wahlberechtigt sind im allgemeinen diejenigen gewerblichen Arbeiter und Arbeitgeber, welche das 25. Lebensjahr vollendet und im hiesigen Gemeindebezirk Wohnung oder Beschäftigung oder eine gewerbliche Niederlassung haben.

Bis zum 8. Oktober müssen die Namen der Wähler in die Wählerliste eingetragen werden.

Die Anmeldung dazu erfolgt in folgenden Orten:

Altstadt, einschl. Werder, Friedrichstadt und Wilhelmstadt. Anmeldestelle: Gerichtsschreiberamt des Gewerbegerichts, Scholkestraße 1, 2 Tr.

Stadtteil Sudenburg. Anmeldestelle: Sudenburger Rathaus (Sekretariat).

Stadtteil Neustadt. Anmeldestelle: Neustädter Rathaus (Sekretariat).

Stadtteil Budau. Anmeldestelle: Budauer Rathaus (Sekretariat).

Die Arbeiter haben sich in denjenigen Bezirken zu melden, wo sie wohnen oder, wenn sie auswärts wohnen, wo sie beschäftigt sind.

Die Legitimation gilt ein Zeugnis der Polizei oder des Arbeitgebers, wozu Formulare in den Rathäusern unentgeltlich zu haben sind.

Die Organisation der Wahlarbeit wird vom Gewerkschaftskarteil ausgeführt. Um die genaue Eintragung aller Wahlberechtigten in die Listen zu ermöglichen, werden in den Betrieben Formulare an die Wahlberechtigten abgegeben und nach richtiger Ausfüllung wieder eingesammelt und durch die Vertrauensleute getrennt nach den Wahlstellen zwecks Eintragung in die Wählerliste abgeführt. Das zunächst Wichtigste ist vorläufig die Eintragung in die Wähler-

liste. Nur derjenige wird eingetragen, dessen Wahlberechtigung durch die Bescheinigung des Arbeitgebers beziehungsweise der Polizei nachgewiesen wird.

Diesem Zweck dienen die von uns zur Verteilung zu bringenden Formulare; sie dienen zur Legitimation des Wählers und sind daher nach vollzogener Eintragung in die Liste dem Wähler zurückzugeben, der sie bis zum Tage der Wahl sorgfältig aufzubewahren hat. —

Provinz und Umgegend.

Mischerleben, 20. September. (Ammer wieder: Opfer von Heiratschwindlern!) Wie oft ist in der Presse vor Heiratschwindlern gewarnt worden, aber immer wieder gibt es Heiratschwindler, die vieles hingeben, um nur unter die Haube zu kommen. Daß auch die Heiratsvermittlung zur Vergrößerung des Uebels beiträgt, ist selbstverständlich. Heiratschwindler würden nicht so viele Opfer finden, wenn zuweilen nicht unglücklich leicht ins Garn gegangen würde. Auf unraue Absichten ausgegangen ist auch der Fleischer Otto Hornickel von Teufschenthal, der vorgerufen vor der Strafkammer Halle aus der Haft borgeführt wurde, um sich wegen Betrugs zu verantworten. Im August vorigen Jahres wandte er sich an die „Parti-bermittlerin“ Verena von Mischerleben mit der Bitte, für ihn „ein bißchen etwas“ zu suchen. Die Wehrschlug dem Angeklagten die jugendliche Aufwarterin Ida Hamelt von Mischerleben, die 1500 Mark auf der Sparrasse habe, zur Verheiratung vor; es wurde ein Stellbichin veranlaßt, und die Parteilichen wurden, als handle sich um ein Geschäft, handelseins. Hornickel erklärte, ein wohlhabender Mann zu sein; er habe ein Haus, 7000 Mark Bargeld und bekomme von seinen Eltern „noch viel mehr“. Die Verlobung wurde sofort perfekt, (1) und Hornickel kaufte seiner Braut einen Ring, da er selbst, wie er meinte, schon einen von früher hatte. Bei der ersten Verabschiedung versprach er, wieder nach Hohm in Anhalt zu gehen, wo er eine kleine Fleischerlei hätte und ein glänzendes Geschäft mache. Die Aufwarterin erhielt dann eine Anzahl Briefe, in denen Hornickel glühende Liebe und Verehrung beschwor. Dann aber kam die Hauptsache: Er brauchte trotz des „glänzenden Geschäfts“ Geld und immer wieder Geld, da er sein Geschäft vergrößern, für 500 Mark Möbel und den Brautanzug bestellen mußte. In einer Woche wollte er in Hohm, einem Dorfe mit 3000 Einwohnern, nach einem Briefe 7 Schweine, 1 Hund, 1 Schaf und 1 Kalb geschlachtet und verkauft haben. Er hatte immer „süßlich zu tun“, und alles ging in Eile. Unter diesen falschen Angaben lockte er dem Mädchen 1500 Mark ab. In derselben Zeit lernte er eine Verkäuferin Ganser von Magdeburg kennen, der er ebenfalls 300 Mark abnahm, nachdem er sich mit ihr verlobt und im Stande des Amt das Aufgebot bestellte. Fräulein Gansers Eltern wollten es gern haben, daß das Mädchen den „wohlhabenden Fleischermeister“ freie. Während er mit der Hamelt über den Hochzeitstag brieflich verkehrte, betrat er die Ganser'sche Wohnung und suchte er mit der Geliebten Ganser in Hohm die Möbel aus! Die Verkäuferin hatte das Glück gehabt, von ihrem Gelde 180 Mark wieder zurückzubekommen; die unglückliche Mischerlebener Aufwarterin ist aber ihr Geld los. Die Beweisaufnahme ergab, daß der Angeklagte auf Betrug ausgegangen war und hodenlos gemein gehandelt hatte. Der Staatsanwalt beantragte 9 Monate Gefängnis. Das Gericht ging aber über den Strafantrag hinaus, erkannte auf 1 Jahr Gefängnis, 3 Jahre Ehrverlust und beschloß auch die sofortige Verhaftung Hornickels. —

Gommern, 20. September. (Wer ist der Täter?) Genau weiß es die Behörde immer noch nicht. Auf Erkundigung des Amtsverwalters Gademesser bei der Wangleben'schen Polizeibehörde wurde mitgeteilt, daß die Beschreibung des Menschen, wel-

Feuilleton.

Pastor Klinghammer.

von Wilhelm Hegeles.
(6. Fortsetzung.)

In einer gewissen heftigen Wut bearbeitete Frau Superintendent jetzt ihre Hände mit dem rauhen Handtuch und redete dabei in einem fort.

„Sie wer'n entschuldigen, Fräulein Krall, wenn ich e bißchen läderlich aussehe. Ich hab nur den Fußboden aufgewaschen. Der Staub lag ja fingerdick in den Ecken. Und wissen Sie, was ich unterm Bette gefunden habe? E Strumpfband! Wie kommt nur bloß e Strumpfband unterm Bett von meinem Sohne? Das muß doch die Frau Zillien verloren haben. Die Frau scheint mir überhaupt e bißchen läderlich. Ich hab sie um einen kleineren Eimer gebeten. Aber die Frau hat bloß den großen. Nu muß ich den schweren Eimer 'nausschleppen.“

„Ja, kann denn das Mädchen nicht das Zimmer reinmachen?“

„Meinen Sie, die ließ ich 'nein zu meinem Sohn ins Zimmer? So e Dienstmädchen, das überall Kadau macht? Er soll wohl aufwachen? Ach ne, das kann man nur selbst besorgen. Freilich, wenn Doktor Niemann mich sähe, würde er schöne schimpfen. Er hat mir strengste Schonung anbesohlen. Aber eh der wiederkommt, ist längst alles parat. Und e Mann sieht ja gar nicht, ob e Zimmer sauber aufgewaschen ist oder nicht.“

Dabei lachte sie triumphierend und fast ein bißchen schadenfroh. Als sie den Eimer ergriff, wollte Marianne mitanfassen, aber sie wehrte ab.

„Sie wer'n doch nich! Da wären ja die teuren Handschuhe gleich zu schanden.“

Nach einer Weile kam sie zurück und blickte behutsam ins Nebenzimmer.

„Er schläft jetzt, wie's scheint. Da kann ich ja e Weilchen mit Ihnen plaudern. Mei Daniel ist zu Haus. Er muß seine Predigt machen. Nu sagen Sie mal, Sie sind

also ganz heil davongekommen? Wenigstens ansehn tut mer Ihnen nichts. Da können Sie wirklich Gott danken.“

„Vor allem aber auch Ihrem Sohn, Frau Superintendent.“

„Nu, dem ja auch. Aber der liebe Gott hat ihn doch hergeschickt. Da läßt sich doch ganz deutlich seine Vorkehrung wahrnehmen, daß er gerade zu der Zeit meinen Sohn in den Wald 'neingeschickt hat. Denn e anderer hätte sich wohl hübsch dünne gemacht. Ei ja, Mut hat er, mei Fritz. Das kann ihm sein argster Feind nicht abspreden.“

„Wenn er nur recht bald wieder besser wäre!“

„Bald?! Ach du barmherziger Himmel, wenn er nur überhaupt wieder gesund wird! — Ich will ja gern e halbes Jahr sitzen und ihn pflegen, wenn ich nur weiß, daß er sich wieder erholt. 's ist ja mei größtes Glück, daß ich an sei'm Bette sitzen kann. Ich sah' ja am meisten die ganze Nacht hier. Aber der Doktor hat mir's verboten. Ich soll zu Haus in mei'm Bette liegen und schlafen. Als ob man da schlafen könnte! Die ganze Nacht hab' ich wach gelegen und die Turmuhr schlagen hören. Jede Viertelstunde hab' ich abgezählt und dabei kein Auge zugehen. Nu erscht recht nicht.“

Auf dem Tisch stand ein Glas Milch und ein großes mit Rauchfleisch belegtes Butterbrot. Das zerschnitt Frau Klinghammer kreuz und quer und schob die viereckigen Würfel in den Mund.

„Das muß ich 'nunter würgen, eh' der Doktor kommt. Sonst gibts e Gezanke. So e Doktor möcht' ei'n am liebsten nudeln wie 'ne pommerische Gans. Ich möchte bloß wissen, für wen?“

Sie fuhr zusammen und horchte nervös nach dem Zimmer hin. Ueberhaupt schien sie in großer Erregung.

„s war mer doch so —?“

Die beiden tauschten einen Augenblick, als sich aber nichts rührte, beruhigte sich Frau Klinghammer wieder.

„Ich hab' Sie schon e paarmal in der Kirche gesehn, Liebes Fräulein. Das freut mich immer, wenn e Mensch seinen Sonntag heilig hält. Wie finden Sie denn, daß mei Daniel spricht? 's geht ei'm zu Herzen, was er sagt?“

„Mir wenigstens geht's zu Herzen. Ich finde, er spricht

so anders als die meisten Pastoren, so — —“

Während sie einen Augenblick zögerte, um das rechte Wort zu finden, nahm Frau Klinghammers Gesicht einen ängstlichen Ausdruck an.

„So? Sie finden 's auch? 's haben schon mehr Leute“

„darüber aufgehalten. Wie meinen Sie's denn?“

„Ach, ich 'moe, er spricht so mer'lich, so — ohne Fangelton. Ich hab' das Gefühl dabei — daß ich — ich mer'ich, ach, ich kann's nicht so ausdrücken.“

„So ähnlich sprechen die Leute ja auch,“ erwiderte Frau Superintendent nach einigem Nachdenken. „Das heißt, e bißchen anders freilich doch. Sie meinen, er hat den rechten Glauben nicht mehr, den e Pastor nu mal haben muß. Ich denke ja selbst manchmal, wenn der gute Vater dies und jen's hörte, da wüßt' er gar nicht einverstanden sein. Ach — doch die Leute ihm nu gleich den Glauben abspreden wollen! Nach meiner Meinung liegt's bloß daran, daß er sich noch nicht so recht ausdrücken kann. Er war immer e bißchen e unbeholfener Mensch im Sprechen.“

„Aber ich finde, er spricht wunderschön,“ erwiderte Marianne lebhaft. „Wunderschön! Er könnte gar nicht besser sprechen. Und wenn Ihr Herr Sohn kein frommer Mensch ist, dann möchte ich wissen, wer denn eigentlich fromm ist?“

„Das mein' ich doch auch. Die Leute sollen sich lieber an der eignen Nase zupfen! 's gibt doch so viele hier, die nichts mehr von Gott wissen wollen. Und was ist der Mensch denn, wenn er seinen Gott nicht mehr hat! Da hat er doch den Boden unter den Füßen verloren. Da braucht er ja überhaupt nicht mehr zu leben. Sehn Sie, ich hätte den drei'dren Fischen schon längst mal weggeworfen, wenn ich nicht ans Jen'seit's dächte.“

Als das Unreife und Unausgegliche, das in diesem alt gewordenen Kindergeicht lag, war jetzt verjährt und vor einem großen Ernst, den die Erinnerung an ausgestandenes Leid den Zügen einprägte.

„Sehn Sie, Fräulein, Sie wissen nicht, wie schwer das Leben werden kann. Sie sind noch zu jung. Und hoffentlich wer'n Sie's auch nie erfahren.“

(Fortsetzung folgt.)

Was die Arbeiter über den in der Umgebung begangenen Mordfall, auch auf den bei Magdeburg begangenen Mordfall, sind die bei den Verbrechen angeordneten Untersuchungen...

20. September. (Aus der letzten Stadtverordnetenversammlung) ist folgendes für unsere Einwohner von einigen Interesse: 1. Wahl eines Ratmanns. Schon im Frühjahr hatte der blühende Ratmann Wilhelm Döring sein Amt...

20. September. (Das Knappschaff) für die Verlegung der städtischen Werke hat am Sonnabend auf dem Verleghaus stattgefunden. Es hat nicht allgemeine Billigung gefunden. Viele Arbeiter empfinden es bitter, Feste feiern zu müssen...

20. September. (Der wütende Landratsdiener.) Der "Langermünder Anzeiger" knistert sich in seiner Nummer vom 18. September d. J. in einer Notiz über die am 16. d. M. im "Saffhof zum Hofhäger" hier stattgefundene Volksversammlung u. a. folgendes ab:

20. September. (Der wütende Landratsdiener.) Der "Langermünder Anzeiger" knistert sich in seiner Nummer vom 18. September d. J. in einer Notiz über die am 16. d. M. im "Saffhof zum Hofhäger" hier stattgefundene Volksversammlung u. a. folgendes ab:

mit seinen bestehenden wesentlichen Einrichtungen zu sein. In jenen Zeiten habe ich mich nicht entschließen können, das Recht, das in meine Hände gekommen, das Recht der Verlegung der Verlegung auszurichten. Wie ist es denn heute? Der leistungsfähigste Grund...

Der Herr Geheimrat ist alt geworden, wie er selbst sagt, und dennoch scheint er vom Leben und der Werbestraft des Sozialismus nichts begriffen zu haben als seine antimonarchische Tendenz. Wir haben ja nicht die Aufgabe, den Herrn darüber aufzuklären, daß sein Bild "dennoch" — wie das Motiv der Festprebigkeit...

20. September. (Der wütende Landratsdiener.) Der "Langermünder Anzeiger" knistert sich in seiner Nummer vom 18. September d. J. in einer Notiz über die am 16. d. M. im "Saffhof zum Hofhäger" hier stattgefundene Volksversammlung u. a. folgendes ab:

Außer dem Unternehmertum wurde hierbei auch der reichstreuen Presse, besonders der hiesigen und Stendaler Lokalpresse in Schimpfereien gedacht. Letzteres ist eine bekannte Erscheinung, die sich vor Quartalsanfang immer wiederholt und eine Agitation für die "Volksstimme" und andre Parteiblätter wirksamer gestalten soll...

In der Tat, Genosse Wender, der in der betreffenden Versammlung die bürgerliche Presse kritisierte, hat auch dieses Blättchen richtig eingeschätzt, und es ist bedauerlich, daß es noch in vielen Arbeiterfamilien hier gelesen wird. Bieleicht wird das jetzt bald anders!

Wahlkreis Magdeburg, 20. September. (Zur Beachtung!) Den nächsten Parteitagungen zur Mitteilung, daß den Parteimitgliedern der "Volksstimme" in allen Parteilorten des Kreises im Laufe dieser Woche gleichzeitig mit der Zeitung Lauffette die Bekanntgabe...

Gerichts-Beitrag.

Gewerbegericht Halberstadt.

Sitzung vom 18. September 1904.

Gegen den Malermeister Gesse klagt der Malergehilfe Hoppe wegen 12,05 Mark Lohn. Diese Sache wurde schon in voriger Sitzung verhandelt, mußte aber vertagt werden, weil der schriftliche Vertrag über die Abmachungen zwischen Meister und Gehilfen nicht vorlag. Ein solcher liegt heute dem Gericht vor, wonach bewiesen wird, daß Kläger mit seinen Ansprüchen im Rechte ist. Malermeister Gesse wird daher zur Zahlung der 12,05 Mark an Hoppe zu zahlen. — Die Parteileitung.

Viehmarkt.

Magdeburg, 20. Sept. (Städtischer Schlacht- und Viehhof.) Auftrieb 184 Rinder, 204 Kälber, 85 Schafbleh etc., 1576 Schweine. Bezahlt für 100 Pfd. Lebendgewicht: Ochsen: a) vollfleischige — 1,10 Mark, b) junge fleischige und ältere ausgemästete 36—38 Wt., c) mäßig genährte junge und ältere 32—35 Wt., d) gering genährte 28—31 Wt. Vullen: a) vollfleischige, ausgemästete bis zu 5 Jahren —, b) vollfleischige jüngere 33—35, c) mäßig genährte jüngere und ältere 30—32 Wt., d) gering genährte jüngere und ältere 26—29 Wt. Färsen und Kühe: a) vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwertes — Wt., b) vollfleischige Kühe bis zu 7 Jahren 31—33 Wt., c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 27—30 Wt., d) mäßig genährte Kühe und Färsen 25—28 Wt., e) gering genährte Kühe und Färsen 18—21 Wt. Kälber: a) fetteste 46—50 Wt., b) mittlere 35—43 Wt., c) geringe Saugkälber 27—33 Wt., d) ältere, gering genährte (Fresser) 26—30 Wt. Schafe: a) Mastlamm und jüngere Mastlamm 32—34 Wt., b) ältere Mastlamm 29—31 Wt., c) mäßig genährte 26—28 Wt. Schweine: (mit 20 Prozent Tara) a) vollfleischige 54 Wt., b) fleischige 51—53 Wt., c) gering entwickelte 46—50 Wt., d) Sauen und Eber 45—52 Wt. Ueberstand: 20 Rinder, — Kälber, 16 Schafe, 150 Schweine.

Wasserstände.

Table with columns for location (e.g., Pardubitz, Branditz, Melnik, Veltuzitz, Kuffitz, Dresden, Torgau, Wittenberg, Mohlau, Barch, Schönebeck, Magdeburg, Langermünde, Wittenberg, Broder-Wald, Bauenburg), date (18. Sept., 19. Sept., 20., 21., 22.), and water level (e.g., -0.34, -0.59, -0.76, -0.82, -0.88, -2.08, -2.08, -2.08, -0.18, -0.29, +0.19, +0.33, -0.09, -0.53, -0.48).

Bekanntmachung. Den Herren Arbeitgebern sowie den sämtlichen Mitglieder der beiden unterzeichneten Rassen wird hierdurch mitgeteilt, daß das Krankenkassen-Bureau sich vom 1. Oktober cr. ab Georgenstr. 8, part. links befindet.

Rasiermesser von unerreichtester Güte und Schnittfähigkeit empfiehlt Fritz Hammesfahr, Fabrik v. Voranbau, Foche & Söhne.

Buckau. Adolph Haeuber Nachf. Drogen- und Farbenhandlung empfiehlt zu den billigsten Preisen. Farben trocken und auch freischichtig in Öl getrieben. Fussboden- und Möbellacke Spirituslacke Bernsteinlack • Fussbodenfarbe in 6 Stunden haltbar trocken. Bronzen in allen Nuancen. Firnis — Terpentinöl. Adolph Haeuber Nachf. 103 Schönbeckerstraße 103

Einem geehrten Publikum von Magdeburg-Neustadt die ergebene Mitteilung, daß ich hierseits Moritzplatz 2 eine Brot-, Weiß- und Fein-Bäckerei eröffnet habe. Es wird mein Bestreben sein, nur gute und schmackhafte Waren zu liefern und bitte um geneigten Zuspruch. Hochachtungsvoll Hermann Neumann, Bäckermeister.

Zur Messe empfehle meine Königskuchen, Schokoladen und Zuckerwaren in bekannter Güte und bitte um gütigen Zuspruch. C. W. Dornfeld letzte Reihe, bei der Regierungs-Hauptkasse.

Sudenburg. M. Stahnke Gut- und Mägenfabrik Pelzwaren empfiehlt nur Neuheiten. Billigste Preisstellung. 689 zehnte Bedienung. Oden- und Pelzwaren-Reparaturen prompt und billig. 39a Halberstädterstr. 39a

20. September. Aufgebote: Schriftföher Karl Steinlof mit Marie Hiems. Arbeiter Wilhelm Behmann hier mit Marie Weder in Kothlau. Postbote Friedrich Wilhelm August Bredsch hier mit Minna Eil Hinge in Porey. Maurer Friedrich August Paul Bierfeldt in Wiederitz mit Mathilde Berta Brandt hier. Gleicher Albert Hermann Freistadt in Diesdorf mit Emilie Luise Nieme in Ochtersleben. Zimmermann Karl Otto Schill hier mit Friederike Emilie Eba Kniffel in Boburg. Tapezierer und Dekorateur Christ Tedenberger mit Dorothee Ablung in Erfurt. Prakt. Arzt Dr. Friedrich Ludwig Gustav Zander mit Marie Ida Kummert in Mieste. Kürschner Johann Wilhelm Christian Sembill mit Ernestine Marie Zimmermann in Heinrichswalde. Arbeiter Wilhelm August Bein hier mit Emma Minna Selig in Böderburg. Arbeiter Wilhelm Gustav August Wilmann in Rehmet mit Berta Marie Minna Binder in Langermünde. Tapezierer August Heinz mit Emilie Pinnow geb. Kaulisch. Restaurateur Walter Blum in Mostod mit Elise Hoffmann in Erfurt. Geburten: Charlotte, E. des Eisenhilfsdrenis. Albert Nagel, Willi, S. des Versicherungsbeamten Max Verenthal. Heinz, S. des Funerars Walter Kniese. Gerhard, S. des Tischlers Walter Thomas. Ilse, E. des Kaufmanns Karl Scholz. Estriede, E. des Arbeiters Kurtur Mariner. Hugo, S. des Kaufmanns Hugo Heinemann. Alfred, S. des Arbeiters Paul Griesbach. Ernst, S. des Bauarbeiters Karl Hieleke. Walter, S. des Arbeiters Franz Stroemer. Käthe, E. des General-Agenten Friedrich Wähle. Hans, S. des Restaurateurs Oskar Walbeck. Todesfälle: Motiv Schindemann, Vatermörder, 64 J. 10 M. 12 T. Erich, S. des Kutschers Hugo Wilmann, 9 M. 29 T. Witwe Friederike Raab geb. Mögner, 55 J. 3 M. 15 T. Adolf Rabada, Arbeiter, 40 J. 6 M. 22 T. Otto, S. des Schlossers Otto Gansje, 1 M. Gustav Ojse, Freisorgehilfe, 19 J. 1 M. 4 T. Sudenburg, 20. September. Aufgebote: Schmied Joseph Dehst hier mit Witwe Friederike Anna geb. Germund in Silberhausen. Arb. Lieber, 39 J. 3 M. 5 T.

Vermischte Nachrichten.

*** Eine neue Metalllegierung.** Aus Rom wird der Wiener „Arbeiterzeitung“ geschrieben: Als die Entdeckung des Steins der Weisen hat man die von dem Arbeiter Trabagliani in Gemeinschaft mit dem Ingenieur Fabiani gemachte Erfindung einer neuen Metallverbindung gepriesen. Ganz so gefährlich ist es freilich nicht. Immerhin scheint es sich um eine für die Metallindustrie und vielleicht für viele Gebiete der Technik wichtige Erfindung zu handeln. Das neue Metall, Radium argentifero genannt, ist eine Legierung aus Kupfer, Aluminium, Silber, Eisen, einer ganz geringen Menge einer von Trabagliani als Radium bezeichneten Substanz und Phosphor. Es soll härter sein als Stahl, nicht verrosten und ein besserer elektrischer Leiter sein als Kupfer. Der Farbe nach ist es von Gold nicht zu unterscheiden, während es dem spezifischen Gewicht nach leichter ist als alle andern Metalle außer Aluminium. Schließlich kostet es weniger als Bronze. Trabagliani ist 45 Jahre alt, aus Pisa gebürtig und war Metallarbeiter in Spezia, wo er sich durch große Intelligenz auszeichnete. Vor anderthalb Jahren traf er den Ingenieur Fabiani, den er von früher kannte, in Genua. Er zeigte ihm einen anscheinend goldenen Ring und sagte, er hätte diese Metallverbindung erfunden und suche sie jetzt zu verwerthen. Der Ingenieur, der wohlhabend ist, schlug dem Arbeiter vor, gemeinsam Experimente zu machen. Diese fanden in der Villa des Fabiani in Spezia statt; unter ihnen waren Versuche sehr gefährlicher Art, von denen einer beinahe dem Trabagliani das Augenlicht gekostet hätte. Es wurden in diesen achtzehn Monaten noch 100 000 Lire ausgegeben; Fabiani schmolz sämtliches Silberzeug seines Haushaltes ein. Nachdem nun französische und belgische Ingenieure die neue Verbindung geprüft haben, hat sich unter Vermittlung des Pariser Bankhauses Rothschild eine Aktiengesellschaft für die industrielle Verwertung des Radium argentifero gebildet. Alle italienischen Blätter haben mitgeteilt, daß Trabagliani für das Patent sechs Millionen Frank erhalten habe. So steht freilich die Sache nicht. Die mit französischen Kapitalien gegründete Gesellschaft hat ein Aktienkapital von sechs Millionen. Noch hat sie aber dem Erfinder und seinem Mitarbeiter keine annehmbaren Anerbietungen zum Verkauf seiner Erfindung gemacht. Und die Zeitungen hatten schon geschrieben, daß Trabagliani auf die Nachricht von den sechs Millionen in Ohnmacht gefallen sei. Beide Erfinder sind aber entschlossen, ihre industriell so viel versprechende Erfindung nicht für ein Butterbrot loszuschlagen. Möge ihnen das übliche Erfinderschicksal erspart bleiben! —

Vereine und Versammlungen.

Städtische Arbeiter.

In der letzten Versammlung des Verbands der städtischen Arbeiter am 17. September hielt der Vorsitzende einen Vortrag über das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter. Referent stellt den Bauarbeiter-Verband bei Streiks als Muster hin, weil ihm die Hauptfrage sei, bei ausgebrochenen Lohndifferenzen die Kollegen so viel als möglich von den Streikorten fern zu halten und ungepöbelte zum Blase abzubilden. Unter diesem andete der Redner seine Ausführungen, denen sich eine Diskussion anschloß. Verschiedene Redner streiften den Lohnsatz mit seinen von der Stadtverordneten-Versammlung bewilligten Verbesserungen für die Arbeiter und wünschten, daß man dem Magistrat ein bißchen deutlicher als bisher die Wünsche der Arbeiter unterbreite; derselbe scheine für seine Arbeiter fast gar nicht zu haben zu sein. Im Februar 1902 unterbreitete man demselben einen ganz bescheidenen Tarif, und obgleich in diesem Jahr im April von den Stadtverordneten Sommerurlaub und bezuglichen bewilligt ist, auch 25 000 Mark zur Verbesserung der Löhne in den Etat eingestellt sind, spürt man trotz der Versicherung des „Wohlvollens“ des Magistrats nichts von alledem. Der Vorsitzende gibt bekannt, daß auf die Resolution der letzten öffentlichen Versammlung ein Schreiben vom Magistrat eingelaufen sei, welches die Arbeiter auf den Abschluß der Verhandlungen über den Lohnsatz auf Ende September hinweist. Im Anschluß hieran knüpften sich Beschwerden über Mißstände in den Werkstätten; der Vorsitzende soll hieron in Kenntnis gesetzt werden. — Ferner wurden Niese und Förster als Kandidaten für die Gewerbegerichtswahl aufgestellt und über die Stabsbefallunterstützung, ananregt vom Gewerkschaftssekretariat, verhandelt. Die Abstimmung ergab die Wahlung mit 18 gegen 17 Stimmen. Eine diesbezügliche Resolution wurde angenommen mit der Begründung: Die Filiale Magdeburg zahlt schon Sterbegebühren an die Hinterbliebenen vom Zentralverband im Betrage von 66 bis 150 Mark, außerdem örtlich eine Stabsbefallunterstützung für Ehefrauen der Mitglieder von 80 Mk. und für Kinder eine solche von 5 bis 10 Mark. — Zum Schluß wurde noch bekannt gegeben, daß am Sonnabend den 15. Oktober eine öffentliche Versammlung stattfindet. —

Vereins-Kalender.

Erzeigen unter dieser Rubrik kosten pro Zeile 5 Pf. Bei Ansetzung von Anzeigen für diesen Teil muß stets der dafür zu entrichtende Betrag beigefügt werden. Übernahmefall erfolgt keine Aufnahme.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Magdeburg. Versammlungen finden statt: Sonnabend den 24. September, abends 8 1/2 Uhr; Bezirk Groh-Otterleben bei Strumpf; Bezirk Oibensfeld bei Herrn Schmitz; Branche der Installateure und Klempner bei Ed. Thiering, Tischlerstraße 28. —

Mätzung, Schutede und Kesselschmiede. Donnerstag den 22. September, abends 8 1/2 Uhr, findet bei A. Vater, Knochenhauerufer 27-28, eine öffentliche Versammlung statt. Siehe Inserat in Nr. 222.

Naturheilverein Sankt. Sonntag den 25. d. M. gemütliches Beisammensein in Sdaus Kaffee-Garten. Abmarsch nachmittags 2 Uhr von den Gewächshäusern. — Gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches haben unsere Mitglieder 50 Prozent Preisermäßigung (Entree 20 Pf.) in Binklers anat. Museum am 23., 27. und 30. September (Damen von 3-7 Uhr, Herren von 7-9 Uhr). — Sangeslustige Herren, welche der neugegründeten Sangesgruppe noch beitreten wollen, werden gebeten, am Freitag abend 8 1/2 Uhr im „Schwarzen Adler“ zu erscheinen. —

Arb.-Rat. Bund Solidartät, Verein Magd., Abt. Freiheit, Klff. Jeden Donnerstag Saalfahren u. Zusammenl. im „Dreikaiserbund“.

Briefkasten.

M. W. Ein Rehnsgut ist eine Besizung, die dem Inhaber den erblichen Nutzungswert gewährt. In dem von Ihnen angezogenen Falle bezieht also der Betreffende das Einkommen daraus, muß auch Einkommen nicht aber Kreissteuer zahlen. —

Wolf Seelenfreund

→ Breitenweg 61.

**Donnerstag, Freitag
Sonnabend**

Holzware

- Küchenrück ca. 70 cm 45 Pf.
- Küchenrück ca. 85 cm 58 Pf.
- Küchenrück ca. 100 cm 78 Pf.
- Geschmückte Küchenkonsole
- Geschmückte Eckkonsole ^{zwei} _{Etageren} 48 Pf.
- Küchenrück ca. 55 cm, mit Zwischenbrett und 4 Gaten 73 Pf.
- Küchenrück ca. 70 cm, mit Zwischenbrett und 5 Gaten 1.18
- Konsole mit 2 Gaten und Schlb 28 Pf.
- Gardinenstangen 115 cm 42 Pf.
- Gardinenstangen 125 cm 58 Pf.
- Gardinenstangen 135 cm
- Gardinenstangen 150 cm 65 Pf.
- Salonsäulen 2.25
- Garderobenleisten 3 Gaten 23 Pf.
- Garderobenleisten 4 Gaten 38 Pf.
- Garderobenleisten 5 Gaten 48 Pf.
- Küchen-Leiterstuhl ^{gefällig geschliffen} _{sonst 9.00, jetzt} 6.00
- Besenstiel mit gedrehtem Kopf 12 Pf.
- Zugrouleaus sind 38 Pf.
- Fußbank 30 Pf.
- Messerpuckbank ^{groß} 20 Pf.
- Stiefelzieher 9 Pf.
- Gewürztagere für 6 Tännchen 25 Pf.
- Kleiderbügel mit Querstab . . . 2 Stück 15 Pf.
- Hackbrett 30 Pf.
- Plättbrett ^{gepolstert} 2.50
- Wäscheklammern Schod 10 Pf.

Schuhwarenhaus Wm. Brandt

Dieser Monat **Ausverkauf** wegen Umstellung. Beste Gelegenheit zum Einkauf guter, aber nicht zu hohen Preisen fabrizierter Schuhwaren.

Lederhosen große Musterwahl, außer billig. Nach Maß ohne Preis aufschlag.

Blane Schuhzüge. — Maurerblasen.
A. Karlowsky, Dießdorf.

Domplatz. 285

Hartkopfs Kinematograph
Lebende Photographien v. Magdeburg!
Handwerk-Ausstellung, Breitenweg, Altemack, Sternstraße, Fabrikaustrag mittags bei Schiffer u. Sudenburg.
Sprechende, singende, musizierende Bilder.
Um 8 1/2 Uhr: **Der Herrenvorstellung.**

Gewerkschafts-Sekretariat Magdeburg.

Große Mühlstraße 1a. (Telephon-Nr. 2841.)
Kostenlos Auskunft nur an Wochentagen mittags von 12-1, abends von 5-7 Uhr
organisierte Arbeiter in gewerblichen Streitigkeiten, Alters-Invaliden-, Unfall- und Krankenversicherung, Gewerkschaft, Vereins- und Versammlungsrecht sowie Arbeiterschutz. Vermittlung von Beschwerden an den Gewerbe-Inspektor. — Verbandsbuch legitimiert.

Halberstadt. Mätzung! Halberstadt.

Restaurant zur Palme
Donnerstag den 22. September
abends von 7 Uhr ab

Große Einweihungsfeier

meines renovierten und vergrößerten Lokales, bestehend in Biller- Konzert und Gesang. Aufsicht von H. Rübner-Lagerbier, 1/10 Seidel 10 Pf. Für gute Speisen und Getränke sowie aufmerksame Bedienung werke ich fleißige Sorge tragen.
1/10 Seidel 10 Pf. Zu recht zahlreichem Besuch ladet ganz ergebenst v. Rob. Biegelmeier. 1/10 Seidel 10 Pf.

Winder-Strümpfe
schwarz, farbig und geringelt empfiehlt
Bazar Magdeburg
Jakobs- u. Peterstraße-G. Z. Filialen: Budau, Thiemstr. 1; Sudenburg, Halberstädterstr.; Wilhelmstadt, Annasstraße 2; Neue Neuhadt, (F. Welles); Adrederstraße 46

Parteilokal
In Industriestadt zu verkaufen. Gebäude neu, Parteilokal, 6 Räume, Bierumlag 370 Kon. in 1/2 Lit. & 10 Pf., ca. 5000 Pf. andre Getränke, 3 Jut. Kaffee, 40 Milie Zigarren. Zur Nebennahme muß Käufer 5000 Mk. selbst haben. Nachm. sichere Kaffee, Offert. unter 55 an die Exped. d. Bl. 281

Elektra-Sellen

weiße und gelbe, in ganz harten ausgeglichenen 1/2 Pf. - Stücken für den Haushalt und für die Küche, die sparsamste im Verbrauch, jeder Hausfrau warm zu empfehlen, man achte auf den Stempel.
Sellenpulver I 2102
gute Marke, bestes Sellenpulver mit garantiert hohem Fettgehalt in zollen 1/2 Pf. - Paketen.
In haben in allen Lagern des **Konsum-Vereins Neuhadt.**

Socialdemokratisches Liederbuch. Preis 40 Pf. In haben in der Buchhandlung Volksstimme.

Hochfeine Tafel-Butter
Sind 63 Pf.
ff. Sauerkraut
Pfund 10 Pf.
empfiehlt mit 5 Prozent Rabatt

Paul Veit
Magdeb.-Frdg., Brückstr. 6.

Paul Veit
Magdeb.-Frdg., Brückstr. 6.

Paul Veit
Magdeb.-Frdg., Brückstr. 6.

Paul Veit
Magdeb.-Frdg., Brückstr. 6.

Paul Veit
Magdeb.-Frdg., Brückstr. 6.

Paul Veit
Magdeb.-Frdg., Brückstr. 6.

Paul Veit
Magdeb.-Frdg., Brückstr. 6.

Paul Veit
Magdeb.-Frdg., Brückstr. 6.

Paul Veit
Magdeb.-Frdg., Brückstr. 6.

Paul Veit
Magdeb.-Frdg., Brückstr. 6.

Paul Veit
Magdeb.-Frdg., Brückstr. 6.

Zufuhr

stellen sofort ein
Herm. Grünberg & Co.
Schußfabrik 707

Magdbg.-Neustadt.
Behring gef. Carl Winzer u. Sohn, Neuhaldenslebenstr. 1a.

Heute Donnerstag
Schlachtfest

Schlachtfest
Restaurant W. Laokenmacher
Ostenbergstraße 18. 286

Freitag
Schlachtfest

Sonnabend
Schlachtfest
Knoblauchwurst und Janersche.

W. Brandt
501 Friedrichsplatz Nr. 3.

Zirkus

Abendlich 8 Uhr:
Der Fund im Biederitzer Busch.

Sensations-Schauspiel in 7 Bildern von Crom. Schwienting.

Stadt-Theater.
Donnerstag den 22. September.
Das Nachlager in Granada

Steuert:
Ballett-Diversifement.

Walhalla.

Täglich abends 8 Uhr
Große
Spezialitäten-Vorstellung.

Abst. Schläff. Neuhaldensstr. 3a, III. v.

Siegfried Cohn

Weberel-Waren  58 Breitweg 58

Von heute ab
Billige Extra-Angebote

Gardinen

weiss
 und
creme

— Neuste —
 hochmoderne Muster

!! Haltbarkeit !!
 garantiert !!

da Fabrikations-Restposten für folgende Ausnahme-Preise

Meter 18, 25, 35, 50, 60, 68, 75 Pf. bis 1.50 Mk.

Spachtel-Rouleaus
 creme und weiss
 Fenster 1.80—8.00 Mk.

Farbige Rouleausstoffe
 moderne Farben
 weiss und creme Körper Meter 40 bis 65 Pf.
 farbiger Körper Meter 60 bis 68 Pf.

Rouleau-Damaste
 moderne Farben
 creme Meter 83 Pf. farbige Meter 90 Pf.

Rouleau-Crepons
 creme, altgold — Neuheit —
 Meter 95 Pf.

Portieren-Stoffe
Dekorations-Stoffe
 herrliche neuere Muster
 Meter 30 38 42 45 53 60 68 83 Pf.

Abgepasste Portieren
 entzückende Neuheiten
Tuch und Leinenplüsch
 Garnitur 6.75 8.25 9.25 10.50—18.00 Mk.

Einzelne Portieren sehr billig

Tischdecken
 Tuchdecken mit Stickerei
 2.40—16.00 Mk.
 Plüschdecken mit Borte und Stickerei
 4.50—16.50 Mk.

Kaffeedecken
 herrliche Neuheiten, garantiert waschbar
 1.10—5.00 Mk.
 Dazu passende Kommodendecken
 1.00—1.65 Mk.

Ein Posten Decken ältere Dessins
 bedeut. unter Preis

Steppdecken reellste Verarbeitung
 Grosse Auswahl 3.50 3.95 bis 18.00

Schlafdecken grösste Auswahl
 90 Pf., 1.10, 1.45, 1.90, 2.50 Mk. bis zu den schwersten
 aus reiner Wolle

Deutschland.

Berlin, 21. September. Wie bestimmt verlautet, wird die Frage der anderweitigen Ordnung des Militärpensionswesens zu den ersten gehören, die den Reichstag nach seinem Zusammentreten beschäftigen sollen.

Die „Nationalzeitung“ hatte kürzlich berichtet, es würde ein nationalliberaler Delegiertentag einberufen werden, um zu dem kommenden Schulgesetz Stellung zu nehmen. Wie die „Deutschen Stimmen“, das Wochenblatt der nationalliberalen Partei, berichten, trifft diese Meldung nicht zu: bisher haben noch nicht einmal Vorbesprechungen darüber stattgefunden, ob und wann der nächste Delegiertentag — sei es ein allgemeiner oder ein preussischer — abgehalten werden soll.

Die Rechtfertigungs-Denkschrift des Freiherrn v. Mirbach ist dem „Berl. Tagebl.“ anonym zugegangen. Sie rühmt die Verdienste des Freiherrn um die innere Mission und den Bau der Kirchen: „Ueber zehn Millionen Mark hat der evangelisch-kirchliche Hilfsverein seit 1888 bis 1908 für Stabmissionen und ähnliche Einrichtungen aufgewendet; dazu kommen 55 Kirchen, die 81 Millionen Mark erforderten.“ Das „Beipolger Tageblatt“, welches die Schrift ebenfalls kennt, meint, sie sei sehr pathetisch geschrieben und wimmle von Anklagen gegen die „böse Presse“, gebe aber keinerlei Aufklärung; zumal der Verbleib der 325 000 Mark muß auch jetzt noch mit einem Fragezeichen versehen werden. Herr v. Mirbach erwähnt diesen Fall mit wenigen Sätzen. Er glaubt, daß die Herren Schulz und Romeid das Geld zu Privatzielen verwendet haben. Nach den Ausführungen Mirbachs sind jüdische Wohlthäter nur in geringem Maße an den Sammlungen beteiligt gewesen. Interessant aber ist, welche enormen Summen Herr v. Mirbach zur Verfügung gestellt wurden. So gewährte ein Herr Spickermann 180 000 Mark, Kommerzienrat Conrad 200 000 Mark. Die Deffentlichkeit verliert nichts, wenn die Broschüre vertraulich bleibt. Ihr Inhalt ist nicht dazu angetan, das gefällte Urteil irgendwie zu modifizieren.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten, der ehemals alle Anregungen, den durch die andauernde Trockenheit und durch die Unterbrechung der Flussschiffahrt schwer betroffenen Gewerben zu Hilfe zu kommen, schroff zurückwies, hat sich inzwischen anders besonnen und den Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft mitgeteilt, daß für Güter, deren Beförderung auf dem Wasserwege erfolgen sollte, auf diesem aber den Bestimmungsort unter den heutigen Verhältnissen nicht erreichen kann, im Rückfahrtsweg unter gewissen Voraussetzungen Frachterleichterungen gewährt würden. Lange genug hat es gedauert, bis Kunde zu dieser Entschliessung kam, die obendrein noch eine Halbheit darstellt. Aber er scheint auch den Ehrgeiz zu haben, Minister wegen den Verkehr genannt zu werden.

Schweiz.

Den Ausschüssen der Schweiz und Oesterreich-Ungarn am 10. Dezember 1891 abgeschlossenen Handelsvertrag hat der Schweizer Bundesrat am Montag durch den schweizerischen Geschäftsträger in Wien gekündigt. Danach tritt der Vertrag mit dem 19. September außer Wirksamkeit. Der Bundesrat sprach den Wunsch aus, mit Oesterreich-Ungarn zum Abschluß eines neuen Handelsvertrags in Unterhandlung zu treten.

Der russisch-japanische Krieg.

Der Admiral des kaiserlichen Geschwaders, Nikolajewitsch, erzählte einem Reporter der Scherzpresse in Neval, das Geschwader, das aus sechs Linien Schiffen, fünf Kreuzern, mehreren Torpedobooten und Transportschiffen besteht, erwarte noch drei Kriegsschiffe und werde dann „nach Abschließung der notwendigen Uebungen“ bestimmt die Reise nach dem fernen Osten antreten. Einige Zeit wird es also noch dauern, bis das berühmte Ostseegeschwader auf dem Kriegsschauplatz eintrifft.

Um Port Arthur.

Nach zuverlässigen Meldungen hat gestern mit Tagesanbruch ein allgemeiner Angriff der Japaner auf Port Arthur begonnen, der bis zum Einbruch der Dunkelheit fortgesetzt wurde. Die japanische Flotte nahm daran teil. Es heißt, zwei wichtige Forts auf beiden Seiten von Schusschiffen seien erobert worden. Schusschiffing liegt direkt nördlich von Port Arthur, nahe bei Palitschwang und dem viel erwähnten Wolfsberg.

Letzte Nachrichten.

Sd. Schanghai, 21. September. Der Angriff der Japaner auf Port Arthur war seit mehreren Tagen vorbereitet. Bei der Einnahme von zwei Forts handelt es sich um zwei wichtige sowie um einige kleinere Forts, die gleichfalls erobert wurden. Der Angriff soll vollständig gelungen sein.

Gewerkschaftsbewegung.

Kleine gewerkschaftliche Nachrichten. Die städtischen Gasanstaltsarbeiter in Barmen fordern an Stelle der 24stündigen 12stündige Wechselzeit und eine Lohnerhöhung. — Die Lagerhausarbeiter der Gotthardbahn beschlossen in die Lohnbewegung einzutreten. — In Berlin haben die Wehlfürher die Arbeit niedergelegt. — Die Metallarbeiter in Leipzig haben die Arbeit niedergelegt, nachdem die Forderung auf Abschluß eines Lohntarifs von den Arbeitgebern abgelehnt worden ist. In Berlin sind nun auch neben den Metallarbeitern und Gläsern die Schleißer, Galvanisierer und Hilfsarbeiter in die Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern 55 bzw. 35 Pfg. Stundenlohn. — In Hannover streifen 106 Elektromonteur. — Die in der Nagelfabrik in Bergedorf bei Hamburg beschäftigt gewesenen Nagelgeschmiede und Maschinenarbeiter, die seit April im Ausland waren, haben die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen. — Die Stuarbeiter in Leipzig haben alle Aussicht, den Streik zu gewinnen. Bezug von auswärtig ist nicht zu verzeichnen, viele Streikende sind abgereist. — In Berlin haben die

Textilpapierfabrikanten und Arbeiterinnen Dienstag in einer Anzahl Geschäfte die Arbeit niedergelegt. — Die Buchdrucker und Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen bei Meierien in Hannover streiken wegen Nichtzahlung der (in allen anderen Geschäften seit acht Jahren üblichen) neunwöchigen Arbeitszeit. — Die Gugges-Goldarbeiter gehen in Berlin einziehen trotz des Widerstandes einiger blauen Händler, am 2. Oktober die Arbeit vorübergehend zu stellen. — Die Maschinenarbeiter in Siemens-Schuckertwerk in Berlin sind, wie angekündigt, aus Solidarität mit den Arbeiterinnen in den Streik eingetreten. Wegen den Generalstreik wenden sich einflussreiche noch die betreffenden Organisationen.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 21. September 1904.

Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen

beschäftigten am Dienstag abend fünf Versammlungen des Sozialdemokratischen Vereins. In allen Versammlungen trat man lebhaft für eifrige Arbeit zu den Wahlen ein und empfahl Anspannung aller Kräfte, damit uns der Sieg so leicht und sicher wie möglich werde. Ueber den Verlauf der Versammlungen in den einzelnen Stadtteilen gehen uns folgende Berichte zu:

Die Versammlung der

Besten Nord-, Süd und Friedrichstadt-Werber war von ca. 60 Personen besucht. Genosse Fabian referierte. Die Diskussion gestaltete sich recht lebhaft. Genosse Viktorius ergangte die Ausführungen des Referenten, während die Genossen Donath und Frege eine lebhaftere Agitation zur Stadtverordnetenwahl wünschten. Ein Antrag, ein Flugblatt zu verbreiten, wurde abgelehnt, nachdem sich die Genossen Viktorius, Vater und Grotzky dagegen erklärt und gebeten hatten, dem Vorstände volles Vertrauen zu schenken. — Unterem Punkt „Verschiedenes“ wurde bemängelt, daß hier und da noch die „Volksstimme“ durch Kinder ausgezogen werde. Genosse Fabian erklärt, daß nur erwachsene Personen angeführt werden sollen. Die Sache soll untersucht werden. — Seitens des Genossen Viktorius wird konstatiert, daß der Bericht über die letzte Vereinsversammlung nicht offiziell war und nach seiner Meinung auch nicht ganz logisch gehalten war. Genosse Jähnsen sagt von Bericht unter Zustimmung der Versammlung dahin auf, daß eine fernere Majorisierung der Versammlungen durch einzelne Personen vermieden werden soll. — Genosse Frege regt die Gründung eines Diskussionsklubs an. Genosse Henning will die Diskussion über diesen Punkt hinausgeschoben wissen. Die Versammlung ist hiermit einverstanden. Nach Erörterung einiger Fragen tritt Schluß der Versammlung um 1/2 12 Uhr ein.

Alle Neustadt.

Die Versammlung war verhältnismäßig gut besucht. Genosse Müller referierte, dann entsand eine lange Diskussion über die Kandidatenfrage. Man beschloß schließlich den Genossen Rademacher vorzuschlagen; falls dieser bei seiner Ablehnung auch dann verfehlt, wenn ihm die Genossen der Neuen und Alten Neustadt gemeinsam das Mandat antragen, soll der Genosse Betins kandidieren. Nachdem diese Angelegenheit erledigt war, brachten eine Anzahl Redner ein gerüttelt und geschüttelt Maß von Beschwerden über die jetzige Redaktionsführung der „Volksstimme“ vor, die vom Genossen Müller, als die Uhr schon nach Mitternacht zeigte, kurz beantwortet wurden.

Neue Neustadt.

Die Versammlung war gut besucht. Genosse Betins kritisierte in seinem Referat die soziale Betätigung der Stadtgemeinde Magdeburg und verlangte eifrig Wahlarbeit. Der Bezirksleiter, Genosse Giesecke, besprach unter „Verschiedenes“ die Kandidatenfrage. Die Versammlung beschloß, die Entscheidung über die Person des Kandidaten dem Vereinsvorstand zu überlassen. Weiter wurde beschlossen, an Stelle der bisherigen Besprechungsabende einzuführen und damit Anfang Oktober zu beginnen.

In der

Wilhelmstadt.

referierte Genosse Bender vor einer mäßig besuchten Versammlung im „Auisenpark“. Unter „Vereinsangelegenheiten“ forderte Genosse Tietz die Anwesenden auf, sich rege an der Verbreitung der Volksstimme in den Wahlkreisen Stendal-Osterburg sowie Salzwedel-Gardelegen zu beteiligen. Nachdem der Vorsitzende, Genosse Krone, noch auf die Konstituierung des Partei-Ausschusses aufmerksam gemacht und Genosse Bender sein Bedauern über den schwachen Besuch der Versammlung ausgedrückt, wurde dieselbe gegen 11/2 Uhr geschlossen.

In der Bezirksversammlung

Sudenburg.

referierte der Genosse Brandes und behandelte eine der Hauptfragen des letzten Jahres im Stadtverordnetenkollegium, die Wasserversorgung Magdeburgs. Mit sichtbarem Interesse folgten die Anwesenden den Ausführungen und teilten zum Schluß einmütig den von der sozialdemokratischen Fraktion eingekommenen Standpunkt. Der Vorsitzende Genosse Hübner gab dann bekannt, daß A. Decker die ihm von Sudenburg angelegene Kandidatur seiner Berufsgeschäfte wegen abgelehnt habe, da er sehr häufig außerhalb Magdeburgs sei. Die Diskussion bewegte sich nunmehr darum, ob der Bezirk auf das Recht verzichten wolle, die Auswahl des Kandidaten selbst vorzunehmen. Vorgeschlagen war, dies dem Vereinsvorstand zu überlassen, die Bezirksversammlung habe ja das Bestätigungrecht. Die Versammlung beauftragte sodann den Vorsitzenden, sich mit dem Genossen Finkle beauftragte Uebernahme der Kandidatur in Verbindung zu setzen. Mit einer ersten Warnung an die Genossen Sudenburgs, von nun an zu arbeiten, damit wir bei den kommenden Gewerbegerichts- und Stadtverordnetenwahlen nicht nur siegen, sondern glänzend siegen, schloß der Vorsitzende gegen 11/2 Uhr die Versammlung.

Ein neues Glaslo der Polizei.

Die Genossinnen Thiering, Schmielewski, Böhmer, Kirchen und Genosse Albert Vater hatten von der Polizei ein Strafmandat über 80 Mark erhalten, weil sie nach Meinung der Polizei eine unangemeldete Versammlung des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins abgehalten und dort öffentliche Angelegenheiten erörtert haben sollten.

Das Schöffengericht hatte die Strafmandate bestätigt! Das Landgericht hat jedoch am heutigen Mittwoch vormittag der Polizei begreiflich gemacht, daß, da in der allerdings unangemeldeten Versammlung „öffentliche Angelegenheiten“ nicht erörtert worden sind, auch kein Verstoß gegen das Vereinsgesetz vorliegt, und hat sämtliche Angeklagte, die vom Rechtsanwält Bandberg verteidigt wurden, kostenlos freigesprochen! Näherer Bericht folgt.

Fortbildungsunterricht nur während des Tages. Der Handelsminister Müller hatte betreffs des Unterrichts in den obligatorischen Fortbildungsschulen sich in einer Verfügung an die Regierungspräsidenten dahin ausgesprochen, daß der Unterricht während der Tagesstunden an den Werktagen stattzufinden habe. Sein Erlass schließt mit dem Satz: Neuen Schülern ist nur dann ein Staatszuschuß in Aussicht zu stellen, wenn den Anforderungen des Ministers entsprochen wird.

Wichtig, Fischer! Herr Franz Winkler sucht im „Generalanzeiger“ weiter 10 Bantischer sowie Maschinenarbeiter zu den

von uns schon vorher gekennzeichneten Stellen. Das es damit in Verbindung steht, ist die Förderung der Arbeiter zu... besetzt bringt es selbst den Schluß... Verwaltung der Deutschen Holzarbeiter... schreiben. Es schreibt darüber:

„Haben zur Mitteilung, daß ich pro Mann und Stunde mindestens 0,57 Mk. bezahlen werde, aber unter der Bedingung, daß ich hinter jeden Arbeiter einen Kupfer resp. einen Nickelblech stellen werde, sonst könnte ich schließlich doch nur einen Stundenlohn von 0,57 Mk. in Anrechnung bringen.“ Im übrigen werden Sie mit einem großen Gefallen erwiesen, mich mit Ihrem Wohl nicht ernst zu nehmenden Geschrei zu verschonen.“

Das ist der Ton, wie er dem „Schutzverband der Deutschen Tischlermeister und Holzindustriellen Deutschlands“, bis zu dessen Mitglied Herr Winkler ja nun glänzend angehört ist, wohl gefallen mag. Hat er weiter damit die Absicht verbunden, sich bei den Arbeitern um den letzten Rest von Reputation zu bringen, so hat er auch damit einen durchschlagenden Erfolg erzielt.

Wichtige Kälte an der Elbe wird in einem aus Sachsen kommenden Telegramm gemeldet. Was die Sonnenglut und die anhaltende Dürre auf den Feldern und in den Gärten nicht vernichtete, ist bei den letzten beiden Nächten in beiden sächsischen Landen aufgetretenen Kälte vier Grad zum Opa gefallen. Auch der Runach des Elbwassers ist der Frost hinderlich, so daß die Schifffahrt immer noch nicht wieder aufgenommen werden kann. Und es wird Winter! Der Schaden ist noch gar nicht abzusehen.

Schon wieder einmal! In der Nacht von Dienstag zum Mittwoch gegen 3 Uhr wurde vom Feuerwehler „Flora“ aus Droschke ein Feuer gemeldet. Sämtliche Wachen rühten nach dorthin aus. Es stellte sich heraus, daß der Weiber wieder in ökonomischer Absicht gezogen war. 50 Mark Belohnung sind für die Ergreifung dieses Patrons ausgesetzt. Hoffentlich verdient sich recht bald einer die Summe!

Radelnde Soldaten, ein Unteroffizier und ein Gemeiner von der 8. Kompanie überfahren gestern in der Sternallee einen 78-jährigen Greis. Ohne sich um den Bedauernswertigen zu kümmern, fuhr die Radler davon. Passanten drachten dann in einer Drohweise den an Augo, Arm und Bein schwer verletzten alten Mann zum Arzt. Mithilfe bei der Kommandantur wird erstatet.

Unfälle. Der Eisenbahnarbeiter Otto Lohmann aus Osterweddingen wurde gestern bei der Arbeit am Eisenbahnhof von der Maschine erfaßt; er erlitt eine erhebliche Brustquetschung und wurde durch die Feuerwehr im besannenen Sanitätswagen in die Krankenanstalt Sudenburg eingeliefert. — Der Kutscher Emil Gense aus Fernersleben wurde gestern beim Sandfahren an der Elbe überfahren, wodurch er einen Bruch des rechten Oberschenkels erlitt. Er fand ebenfalls dort Aufnahme. — W... Dienstag nachmittag hat sich der Arbeiter Friedrich K. beim Eisenarbeiten auf dem Gusswerk zwei Finger der linken Hand gequetscht. Der Arzt legte eine Ausnahme in der alljährlichen Krankenanstalt.

Gerichts-Beitrag.

Sandgericht Magdeburg.

Sitzung vom 20. September 1904.

Messerstecherei. Der Arbeiter Paul Böhme zu Eickendorf, geboren 1888, geriet im Juli d. J. mit dem Arbeiter Karl Schönemann in Streit und Schlägerei. Als beide auf der Erde lagen, elkte die verehelichte Arbeiter Marie Böhme geb. Osterloff, geboren 1844, hinzu und schlug den Schönemann mit einem Besenstiel über den Kopf. Die Streitenden sprangen dann auf. Böhme jag nun das Messer und versetzte seinem Gegner damit zwei Stiche in den Kopf. Die Kammer strafte Paul Böhme wegen gefährlicher Körperverletzung mit 8 Monaten Gefängnis, sprach dagegen Frau Böhme, die in Nothwehr gehandelt hatte, frei.

Kleine Chronik.

Bestialischer Schinder!

Der Unteroffizier Warchau vom 14. badiischen Fußartillerie-Regiment wurde wegen Soldatenmishandlungen in 290 Fällen vom Kriegsgericht Straßburg zu 18 Monaten Gefängnis und zur Degradation verurteilt. Der Unteroffizier hatte die ihm unterstellten armen Rekruten gezwungen, den Spucknapf auszutrinken! Für derartige Schandthaten erscheint eine Strafe von 18 Monaten geradezu als eine Gnade! Ein Mann, der einen Heringskopf bereits in den Kohleneimer geworfen hatte, sollte ihn wieder aufheben und verpeisen! Der Mann weigerte sich, allein der Unteroffizier zwang ihn, den Mund zu öffnen, den aus dem Kohleneimer heraufgeholt den Heringskopf zu kauen und dann hinunterzuschlucken, und ähnliches mehr.

Schätzten „Bräuten“.

Der flüchtige Bankdiener Anton Jenner, der der „Zentralbank deutscher Sparkassen“ in Wien den Betrag von 235 000 Kronen veruntreute, hat in der schönen Donaustadt nicht weniger als — 18 Liebesverhältnisse nebeneinander unterhalten. Die Mädchen sind in die unangenehme Lage geraten, sämtlich polizeilich in der Affäre vernommen zu werden. Es waren dies: eine Beamtentochter, eine Friseurin, zwei Kontoristinnen, drei Schmudfederarbeiterinnen, vier „bessere“ Stubenmädchen, drei Dienstmädchen und zwei Krankenwärterinnen. Diesen hatte Jenner viel Geld und — die Ehe versprochen. Bei einer in seiner Wohnung vorgenommenen Hausdurchsuchung wurde eine Holztruhe mit einem Geheimfach aufgefunden, das ganze Bündel von Damenphotographien und Liebesbriefen barg. Von dem Defraudanten fehlt jede Spur; auf seine Ergreifung ist eine Belohnung von 10 000 Kronen ausgesetzt worden.

Letzte Nachrichten.

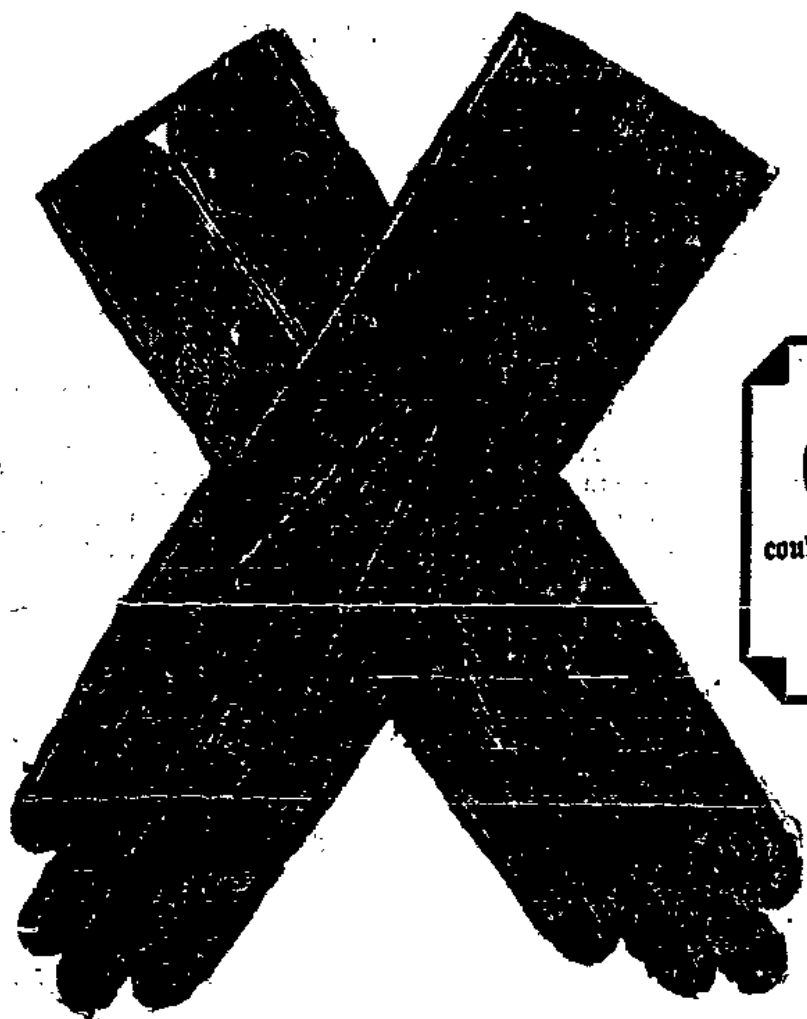
Sd. Wien, 21. September. Bei der Kandidatenwahl in Graz wurde der Sozialdemokrat Kessel mit 8700 Stimmen gewählt. Der Liberale und der deutschböhmische Gegenkandidat erhielten je 8000 Stimmen. Kessel ist der erste sozialdemokratische Abgeordnete in Steiermark.

Sd. Paris, 21. September. Der „Matin“ berichtet, Prinz Philipp von Koburg habe beschlossen, gegen die Reichswehr die Gewaltmaßregeln anzuwenden. Liebigens hätten sowohl Kaiser Franz Joseph wie auch Kaiser Wilhelm dem Prinzen erklärt, daß sie mit der Sache nichts zu tun haben wollten.

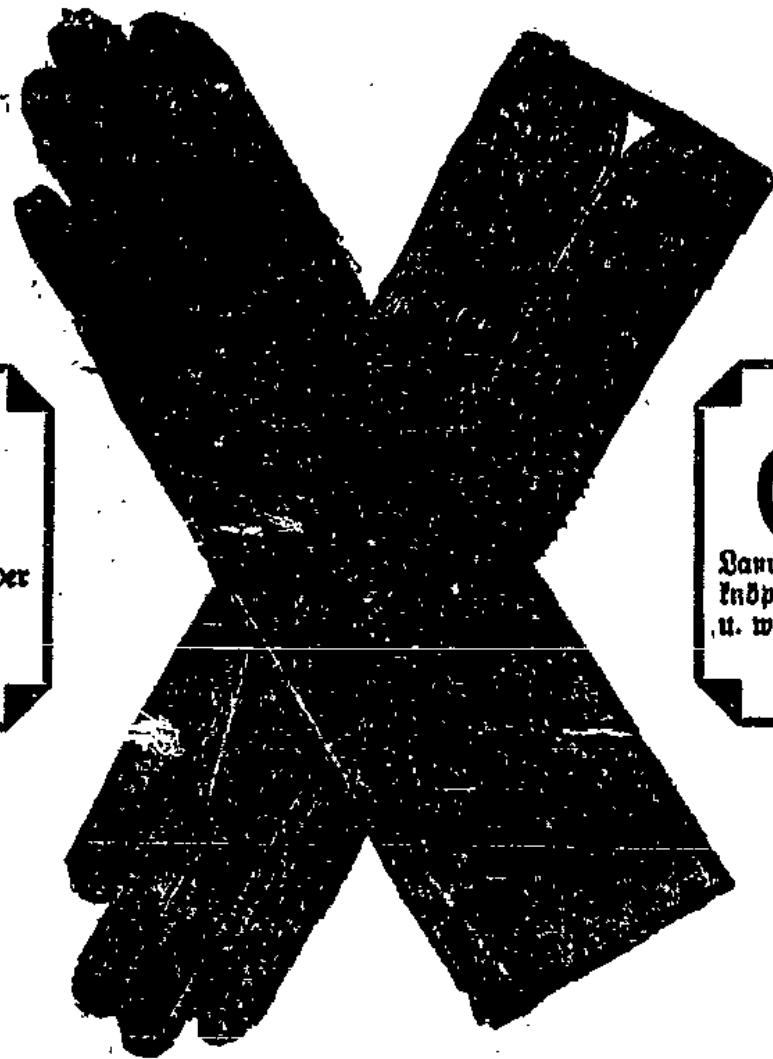
H. Lublin

Für die Herbstzeit empfehle reguläre und erprobte Qualitäten

Glacé-Handschuhe



Damen-Glacés
couleurt, mit 2 oder 3 Druckknöpfen
85 Pf.



Damen-Glacés
Sammler., m. 2 Druckknöpfen, coul., schwarz u. weiß, Waacke Doris
125 Pf.



Iris
Suchten-Handschuh, Innen weiß oder gelb, mit 2 Reibknochen-Druckknöpfen und Kogalaufnaht, nur in rot
2.00

Elsie weiß gefasst, mit Steppbaumen und zwei eleganten Perlmutter-Druckknöpfen, couleurt **2.25**
Chevreau echt Biegenleder, mit zwei eleganten Perlmutter-Druckknöpfen, couleurt **2.40**

Elite-Damen-Stepper Ia. Sammler mit weißer Einfassung und zwei Horn-Druckknöpfen, couleurt **2.25**
Damen-Juchten-Handschuhe ganz gefasst, hervorragende Ia. Qualität, mit zwei Büffelhorn-Druckknöpfen, couleurt **2.50**

Mädchen-Glacé-Handschuhe mit zwei Druckknöpfen, couleurt **1.25**
Knaben-Glacé-Handschuhe mit einem Druckknopf, couleurt **1.25**



Gentleman
Horn-Stepper, 1 Druck, couleurt
1.50

Herren-Glacé-Handschuhe

Kuroki couleurt, Sammlerleder-Handschuh, 1 Druck, großes Farbensortiment **1.50**

Derby eleganter Stepphandschuh, 1 Druck, großes Farbensortiment **1.90**

Juchten vorzähl. Stepper, durchgefärbt, 2 Druck, in rot und grau **2.50**

Nappa schwerer Stepper, durchgefärbt, Reit- und Fahr-Handschuh **2.50**

Echte Wildleder-Handschuhe in weiß, gelb u. grau **2.25**

Offizier-Handschuhe Nappa-Stepper, innen weiß oder gelb, 2 Druck **2.25**

Weisse Herren-Glacés
aus bestem Sammlerleder
Paul 1.25 Kurt 1.65

Schwarze Herren-Glacés
aus bestem Sammlerleder
Czar 1.25 Georg 1.50 Dewet 1.80



Florenz
Ia. Herren-Stepper, 2 Druck, couleurt
2.25

Weiße Militär-Lederhandschuhe
Waschleder 1.35 Echt Wildleder 2.25

Umtausch nicht konvenierender Paare bereitwilligst gestattet

Neuheiten in Stoffhandschuhen und Strümpfen unbegrenztes Sortiment in allen Preislagen